


# Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe; Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 24. Juli 1948 - 48. Jahrgang - Nr. 30

## Staat und Genossenschaft

Das Gebiet, in das man mit der Gegenüberstellung der beiden Begriffe Staat und Genossenschaft eintritt, ist schon so oft durchmessen worden, dass man annehmen möchte, es gäbe darin keine unerforschten Landstriche mehr. Und doch wird die Frage, wie sich die Genossenschaft zur Wirklichkeit und zu den Ansprüchen des Staates einzustellen habe, immer wieder von neuem aufgeworfen. Ihre sich ständig erneuernde Aktualität ergibt sich aus ihrem Wesen selbst: der Staat sowohl wie die Genossenschaft sind in dynamischer Entwicklung begriffen, die Grenzen der wirklichen Staatsmacht sind ebensosehr im Fluss wie die Auffassungen vom Wesen und von den Aufgaben des Staates. Es ist ebenso unmöglich, theoretisch die grundsätzliche Stellung der Genossenschaft zum Staate ein für allemal zu fixieren, wie es praktisch verfehlt wäre, eine starre genossenschaftspolitische Linie dem Staat gegenüber festlegen zu wollen.

Das bedeutet jedoch keineswegs, dass die Theorie abdanken und die Politik der Bewegung opportunistisch werden muss. Im Gegenteil, es bedeutet, dass die Genossenschaftstheorie ihre früheren Resultate ständig überprüfen und sich ständig von neuem fragen muss, welche möglichen Folgen die Veränderungen in der Struktur des Staates und in der Sphäre der Politik im allgemeinen für das Leben und Gedeihen der Genossenschaft haben können. Und es bedeutet weiter, dass die Bewegung ihre eigene Politik ständig auf die sich ändernde staatliche Wirklichkeit abstimmen muss, ohne dabei «Schaden zu nehmen an ihrer Seele».

Natürlich kann man über die Einzelheiten der Bedingungen und Notwendigkeiten genossenschaftlicher Politik verschiedener Meinung sein. Solange man sich im Grundsätzlichen darüber einig und im klaren ist, was die Genossenschaft auf alle Fälle kompromisslos zu verteidigen hat, berühren solche Meinungsverschiedenheiten nur Fragen der Taktik. Wenn jedoch darüber weder Klarheit noch Einmütigkeit bestehen, dann kann es wohl geschehen, dass die Frage nach dem Sein oder Nichtsein der Genossenschaft an einem bestimmten Punkt staatlicher Entwicklung auch von innen heraus aufgeworfen wird, dass sich eine innere Bedrohung zu der von aussen gesellt. Und die innere Bedrohung ist die gefährlichere, denn sie richtet sich gegen den Lebensnerv der Genossenschaft — ihr Wertbewusstsein und damit ihren inneren Zusammenhalt.

*Eine unterdrückte Genossenschaft kann wiedererstehen, wenn nicht mit der Unterdrückung auch ihre innere Substanz vernichtet worden ist. Eine Genossenschaft, die nicht mehr den Glauben an ihre eigene Sache verkörpert und Dienstmagd einer ihr wesensfremden Idee geworden ist, hat sich selbst aufgegeben.*

*Wo der Glaube an die Allmacht des Staates um sich greift, ist es schlecht bestellt um die Möglichkeiten genossenschaftlichen Eigenlebens und Selbstseins.* Wenn der Staat zu einem allumfassenden Apparat der Daseinsregelung würde und die *volle* monopolistische Verfügungsgewalt über *alle* Produktionsmittel und damit auch über den arbeitenden Menschen hätte, dann könnte es keine aufbauende soziale Bewegung mehr geben. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte hätte einen Erstarrungspunkt erreicht, von dem aus wohl noch mechanische Verschiebungen in den Daseinsbedingungen der Massen, aber keine Geschichte als das Kräftespiel und die Schicksalserfüllung frei wollender Menschen und Gruppen mehr möglich wäre. Ein freier und spontaner Zusammenschluss von Menschen zu einem frei gewählten Zweck würde in einem auf Gesamtplanung und -regulierung beruhenden Apparat keinen Lebensraum und keinen Sinn haben; vielleicht würde man für die Genossenschafts*form* noch irgendeine Verwendung finden, vorausgesetzt dass sie nicht Ausdruck eines wirklich genossenschaftlichen Wollens und einer echten genossenschaftlichen Idee wäre.

Die Frage des absoluten Wirtschaftsstaates ist heute keine Angelegenheit der Spekulation mehr. Sie ist

überall dort akut, wo der Staat sich grundsätzlich keine Grenzen mehr setzt, d. h. also den Boden des Rechtsstaates verlässt und mehr verlangt von den Menschen als «was des Kaisers ist».

Aber auch dort, wo der Staat selbst sich zur Idee des Rechtsstaates bekennt und keine diktatorischen Tendenzen zeigt, bleibt er ein Problem für den Einzelnen wie für die Genossenschaft. Die Frage: «Was ist des Kaisers?» ist auch in einem Rechtsstaat nicht eindeutig zu bestimmen, und da der Staat selbst im Spannungsfeld der sozialen Interessen- und Ideenkämpfe steht, ist das, was er als Recht setzt und tut, weitgehend bestimmt von den sozialen Machtverhältnissen innerhalb (und auch ausserhalb) seiner Grenzen. Auch wenn die Formel vom Staat als dem Instrument der herrschenden Klasse nur eine Abstraktion ist, die auf einer Verallgemeinerung und Verabsolutierung einer Tendenz beruht, so hat sie doch ihren Wert als eine schlaglichtartige Beleuchtung der Gefahren und der Möglichkeiten staatlichen Machtmissbrauchs.

*Dr. Warbasse und das Problem der Macht*

Der amerikanische Genossenschaftspionier Dr. James Peter Warbasse, der lange Zeit an der Spitze der von ihm gegründeten Genossenschaftsliga der Vereinigten Staaten stand, hat es von jeher als seine Aufgabe angesehen, die Genossenschafter vor dem expansionistischen Staat zu warnen. Im vergangenen Jahre hat er die Führer der britischen Genossenschaftsbewegung wiederholt und mit grosser Schärfe in der amerikanischen Genossenschaftspresse angegriffen, weil sie seiner Meinung nach die Genossenschaftsbewegung ihres Landes an den Staat «verkauften». Aus diesen Angriffen hat sich eine lange Diskussion entwickelt, an der eine Reihe von früheren Genossenschaftern, darunter auch Lord Rusholme, der Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes und frühere Generalsekretär des britischen Genossenschaftsverbandes, teilgenommen haben. Es soll hier nicht auf die Einzelheiten dieser Diskussion eingegangen werden, die sich weitgehend um die Beurteilung von Tatsachen des «Falles» Grossbritannien und die Interpretation der vermeintlichen oder wirklichen Ansichten und Absichten der britischen Genossenschaftsführer drehte. Aber es lohnt sich, einmal den Versuch zu machen, *hinter* den Argumenten die Grundhaltung zu bestimmen, die der ganzen Diskussion ihre weltanschauliche Färbung gegeben hat.

Dr. Warbasses Ausgangspunkt ist ein tiefes Misstrauen gegen den «politischen Staat» als den Träger von *Macht*. Der Staat, so sagt er, korrumpiere das natürliche Verhältnis von Mensch zu Mensch, dadurch dass er Menschen zusammenbündele in einem Unterordnungsverhältnis, das dem Mächtigen noch mehr Macht gebe und alle Tore für den Machtmissbrauch öffne. Der Mensch würde für Staatszwecke (Kriege, Eroberungen usw.) missbraucht, mit denen er als Mensch nichts zu tun habe. Dr. Warbasse glaubt, dass die Genossenschaft, als der organische Zusammenschluss gleichberechtigter Menschen, eines Tages den Staat ersetzen werde und dass die genossenschaftliche Organisation der Gesellschaft weder politische Machtkonzentration noch eine erzwungene Unterordnung kennen werde. In der Zwischenzeit müsse sich die Genossenschaftsbewegung jeder Expansion des Staates, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, widersetzen, denn es wäre leichter für die Bewegung, die bestehende kapitalistische Ordnung allmählich zu ersetzen als den Staat aus monopolistischen Machtpositionen zu verdrängen. Die Hoffnung auf eine wirkliche Demokratisierung des Staates hält Dr. Warbasse für eine Illusion, für eine gefährliche Illusion sogar, wenn sie zur Verstärkung der politischen Macht durch wirtschaftliche Staatsmacht führe.

*Es gäbe nur eine Hoffnung auf wirkliche Demokratie: die genossenschaftliche Evolution.*

Man macht es sich zu leicht, wenn man Dr. Warbasse entgegnet: «Im demokratischen Staat, d. h. im Staat, in dem die politische Willensbildung frei ist und der Einzelne als Staatsbürger sowohl individuelle Freiheitsrechte wie das Recht der Mitbestimmung hat, ist Machtmissbrauch ausgeschlossen. Was der Staat tut, tut er im Auftrag und im Interesse des Staatsvolks, seine Macht ist der organisierte Wille des Volkes.»

Der Optimismus der Aufklärung und der Idealismus des erwachenden Nationalbewusstseins konnten die Dinge noch so einfach sehen. Aber schon in der Zeit der industriellen Revolution und danach in der Epoche der ungehemmten kapitalistischen Expansion in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zeigten sich gewisse Tendenzen in der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung, die bei tiefer schauenden Menschen schon damals das Bewusstsein der Krise der Gesellschaft und die Ahnung einer kommenden Katastrophe des Massenstaates weckten. Wo Marx den Zerfall der *bürgerlichen Gesellschaft* sieht, aber durch einen kühnen dialektischen Sprung seinen im Grunde aufklärerischen Fortschrittsglauben in die (eschatologische) Vision eines kommenden goldenen Zeitalters der Gleichheit und Gerechtigkeit rettet, sehen Nietzsche und Kierkegaard in einer radikaleren Fragestellung *den Menschen selbst* in allen seinen überlieferten Lebensbeziehungen und Wertvorstellungen in der Krise. Jakob Burckhardt sieht, von tiefem Pessimismus erfüllt, den verantwortungslosen Massen- und *Machtstaat* die Gefilde der europäischen Kultur verheeren, und selbst Bismarck, der Architekt eines dieser Machtstaaten, wird in seinen letzten Jahren von dunklen Zukunftsahnungen geplagt.

Das Bewusstsein, in einem gesellschaftlichen Auflösungsprozess zu stehen, ist diesen Denkern und Sehern des vorigen Jahrhunderts gemeinsam. Philosophen und Soziologen einer späteren Generation haben die gesellschaftliche Krankheit unserer Epoche als gleichzeitige Atomisierung und Vermassung diagnostiziert. Die Atomisierung, als Loslösung des Menschen von überlieferten Gemeinschaftsbindungen, hat das «Individuum» geschaffen und damit den Rohstoff zur Masse, die die Menschen zusammenbündelt, aber nicht bindet. Der Philosoph und Soziologe Martin Buber hat das Individuum einmal als den Menschen bezeichnet, der nicht mehr fähig ist, auf die Stimme seines Mitmenschen zu hören und zu antworten, weil er im Grunde nur noch seine eigenen

Interessen kennt. Er ist deshalb auch nicht fähig zur Gemeinschaft, ebenso wenig wie die Masse, die zufällig, unorganisch und schicksallos ist, «geistlos und unmenschlich», wie Karl Jaspers sagt. Aber gerade weil die Masse als solche nichts Eigenes ist und will, lässt sie sich leicht missbrauchen; in der Hand rücksichtsloser Künstler der Massentechnik kann sie erst zum Instrument der Machteroberung und dann zum Mittel verantwortungslosen Machteinsatzes werden. Und dann wird der Staat tatsächlich «das kälteste aller kalten Ungeheuer», wie Nietzsche ihn nannte. Seine Macht, durch keine aus echter Gemeinschaftsgesinnung erwachsene Verantwortlichkeit mehr gebunden, wird «Macht an sich». Macht, die keiner Sache dient, sondern sich selbst will um ihrer selbst willen und deshalb ihrem Wesen nach keine Grenzen kennt. Es ist diese Macht, an die Jakob Burckhardt dachte, als er davon sprach, dass *Macht an sich böse* sei. Ihr Sieg wäre tatsächlich das Ende der Kultur, der Triumph des Nihilismus.

Wenn man sie auf diesem Hintergrunde sieht, verliert Dr. Warbasses Staatsfeindlichkeit viel von dem Sektiererischen, das man auf den ersten Blick in ihr vermutet. Trotzdem werden wenige geneigt sein, Dr. Warbasse bis zur letzten Konsequenz zu folgen. Seine Staatsauffassung ist statisch, sie gefriert Tendenzen zu abgeschlossenen Tatsachen, sie verabsolutiert und verallgemeinert *einen* Aspekt des Staates. Und sie beachtet zu wenig, dass die Wurzel der Krise des modernen Staates ja nicht im Staate selbst liegt — das Individuum und die Masse hätten nicht die vorherrschenden Tatbestände der gegenwärtigen Gesellschaft werden können, wenn nicht in der kapitalistischen Wirtschaft der Mensch dem Menschen in grossem Masstab zum Ausbeutungsobjekt geworden wäre. Schliesslich rechnet sie zu wenig mit der Tatsache, dass Tendenzen Gegentendenzen auslösen, dass sich der Mensch selbst der Gefahren der Macht bewusst wird und ihnen schon in der Politik begegnet.

Man kann diese Gefahren nicht in einer negativen Einstellung zum Staat bannen, weil man sich nicht den Notwendigkeiten des Staates verschliessen kann. Der Staat ist ja nicht nur Machtapparat, er übt viele Ordnungs- und Fürsorgefunktionen aus, ohne die die moderne Gesellschaft einfach nicht leben kann. «Es hat weder Sinn, den Staat zu vergöttern noch ihn zu verteufeln», sagt Karl Jaspers in seiner glänzenden, kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung geschriebenen Zeitkritik «Die geistige Situation der Zeit». Jaspers weist eindringlich auf die grossen Gefahren hin, die der moderne Staat für das «Selbstsein» des Menschen birgt, er spricht davon, dass «der Staat im Zeitalter der Verabsolutierung der Massenordnung, von Technik und Wirtschaft ergriffen ist von Tendenzen, die ihn in seiner Idee zerstören» ... «Der Staat kann versinken in das Chaos dunkler Gewalt» sagt er, «oder emportauchen als die Idee des auf die Weise des *Menschseins* gehenden und *dazu* die Macht ergreifenden Willens ... Die geistige Wirklichkeit des Staates scheint heute wie zerfallen, aber noch nicht verschwunden.»

Solange in der Wirtschaft selbst ein Mensch dem andern blosses Mittel ist — und das ist er, wo der Arbeiter im wesentlichen nur Unkostenfaktor ist — solange wird sie nicht aufhören, Individuen und Massen zu produzieren, solange wird dem Staat eine tragfähige Grundlage fehlen. Aber auch in der Wirtschaft wird, wie Jaspers sagen würde, um «die Weise des Menschseins» gerungen: Bewegungen und neue Formen wachsen, die den Weg zur Gemeinschaft suchen und dem Menschen die Möglichkeit zur Enfaltung seines Selbstseins, seiner Persönlichkeit im Dienste an der Gemeinschaft geben.

***Und die Genossenschaft gehört ganz bestimmt zu den positiven Kräften, die an dieser Stelle an der inneren Gesundung von Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten.***

Wir können nicht in die Zukunft schauen, und es hat auch nicht viel Sinn, darüber zu spekulieren, ob die Gesellschaft einmal ohne staatliche Machtkonzentration auskommen kann und eine genossenschaftliche Organisationsform annehmen kann. Aber wir können schon heute daran arbeiten, das Staatsleben und die staatliche Organisation mit genossenschaftlichem Geiste zu durchdringen, wie wir sie mit genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft und Gemeinschaft unterbauen.

Dr. E. Hasselmann

---

## Eine denkwürdige Abstimmung im Kanton Baselland

Die Stimmberechtigten des Kantons Baselland haben am 18. Juli dem neuen Zuschlagssteuergesetz mit 10 444 Ja gegen 4384 Nein zugestimmt. Unsere Leser sind über den Gang der Beratungen auf dem laufenden gehalten worden: Da der Kanton Baselland in den letzten Jahren kein neues Steuergesetz zustande gebracht hat, ist er gezwungen, der wachsenden Ausgabenlast genügende Einnahmen gegenüberzustellen, und dies soll mit dem Zuschlagsteuergesetz in der Weise geschehen, dass sämtliche Einkommen natürlicher Personen, die über 20 000 Fr. gehen, für den Teil, welcher diese Ziffer übersteigt, mit 6 % dieses Einkommens besteuert werden, während die juristischen Personen auf die gesamte Staatssteuer 60 % Zuschlag zu entrichten haben. Von dieser letzteren Steuer sind die Selbsthilfegenossenschaften und die Elektragenossenschaften, die im Kanton Baselland eine wichtige Rolle spielen, ausgenommen. Diese Lösung soll bis Ende 1951 gelten, sofern nicht früher ein neues Steuergesetz in Kraft treten wird.

Bei der Beratung über dieses Zuschlagsteuergesetz bestand teilweise die Meinung, und zwar auch auf seiten der Genossenschaften, dass man den Ertrag, welcher nach Abzug der Rückvergütung noch verbleibt, der Zuschlagsteuer auch unterwerfen solle: Wenn die Genosenschaften die Befreiung der Rückvergütung verlangten, so müssten sie konsequenterweise den restlichen Betrag zur Besteuerung anbieten. Im Gegensatz dazu haben aber bei der grossen Mehrheit der Genossenschafter und der Genossenschaftsfreunde andere Erwägungen gesiegt: Solange der 5 % der Rückvergütung übersteigende Betrag noch der Besteuerung unterworfen wird, während eine Aktiengesellschaft, die an Stelle der Rückvergütung Rabatt gewährt, frei bleibt, sollen sich die Genos-

# *Stiftung Henry J. May*

## 18. INTERNATIONALE GENOSSENSCHAFTLICHE SOMMERSCHULE
## PALACE HOTEL, JILOVISTE bei PRAG

11. bis 24. September 1948

### *Kursprogramm*

Der Internationale Genossenschaftsbund erlässt an alle ihm angeschlossenen Organisationen die Einladung, die Teilnehmer an der 18. Internationalen Genossenschaftlichen Sommerschule zu bezeichnen. Die Kurse stehen zum erstenmal unter dem Patronat der

*Stiftung Henry J. May*,

die auf Beschluss des Internationalen Genossenschaftskongresses vom Oktober 1946 in Zürich zu Ehren des verstorbenen Generalsekretärs des I. G. B. errichtet wurde.

*

Allgemeines Thema der Sommerschule 1948 ist: *Die Genossenschaftsbewegung in der Welt von heute.*

Aufgabe der Kurse ist das Studium der Frage, wie die Genossenschaftsbewegung in vermehrter Einigkeit aus der gegenwärtigen Uebergangsperiode hervorgehen kann und wie sie, im Sinne der ihr eigenen Grundsätze, ihre Aufgabe im wirtschaftlichen Leben der Welt erfüllen und einen Ausgleich zwischen den verschiedenen heute in ihrer Entwicklung stehenden Wirtschaftssystemen herstellen kann.

*

Für die Vorträge haben sich eine Reihe hervorragender Genossenschafter aus unserer internationalen Bewegung zur Verfügung gestellt. Die Sommerschule steht unter der Leitung von Ch.-H. Barbier (Schweiz).

### *Programm der Vorträge*

*Eröffnungsvortrag:*
*Rückblick auf die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung bis 1939: In welcher Weise wurde die Bewegung von den wirtschaftlichen Veränderungen beeinflusst oder kann sie beeinflusst werden.*

Referent: Ch.-H. Barbier.

*Bestimmung der Stellung des Genossenschaftswesens in Grossbritannien.*

Referent: J. A. Hough, Grossbritannien.

*Vorteile der Vereinheitlichung im genossenschaftlichen Aufbau.*

Referent: K. Pribyl, Tschechoslowakei.

*Genossenschaft und Politik.*

Referent: Dr. M. Bonow, Schweden.

*Genossenschaft und Industrie.*

Referent: M. Colombain, Internationales Arbeitsamt, Genf.

---

senschaften gegen jede zusätzliche Belastung energisch zur Wehr setzen. Tatsächlich ist festgestellt, dass, wenn unser grosser Verbandsverein von Liestal eine Aktiengesellschaft wäre, welche nur Rabatt gewähren würde, und welche keine Dividenden bezahlen, sondern z. B. als Familien-Aktiengesellschaft die mitarbeitenden Familienglieder mit steuerrechtlich noch zulässigen hohen Salären bedenken würde, statt ca. 4700 Fr. nur ca. 100 Fr. Steuern bezahlen müsste.

Die Optimisten haben recht behalten und die der Abstimmung vorausgehende Diskussion verleiht der Baselbieter Volksabstimmung allgemein schweizerische Bedeutung. Während nämlich gegen die zusätzliche Belastung der natürlichen Personen keine ernsthaften Erwägungen ins Treffen geführt werden konnten, während diese zusätzliche Belastung als Selbstverständlichkeit von allen Parteien angenommen wurde, hat der Gewerbeverband gegen die Befreiung der Selbsthilfegenossenschaften Sturm gelaufen; die Freisinnige Partei stimmte dem Zuschlagsteuergesetz zu, trotzdem die Selbsthilfegenossenschaften befreit sind, und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei gab die Stimme wohl deshalb frei. Der ganze Abwehrkampf gegen das Gesetz, die Grosszahl der gegen dasselbe geäusserten Bedenken, alle wandten sich gegen die Ausnahmebehandlung der Genossenschaften. Und nun ist der Sieg doch errungen worden, und zwar mit einer ganz eindeutigen Mehrheit, die die Selbsthilfegenossenschaften zu einem grossen Teil auch auf ihr Konto buchen können.

Die Abstimmung für die basellandschaftliche Steuergesetznovelle hat gezeigt, dass die Genossenschaften ihren Einfluss geltend machen können und bei den Beratungen über das neue Steuergesetz wird man dem Rechnung tragen müssen. Allerdings war die Situation besonders günstig, weil das Parlament, der Landrat, dem Gesetz und der Befreiung der Selbsthilfegenossenschaften zugestimmt hatte. Wäre das letztere nicht der Fall gewesen, so hätte mancher dem Gesetz zugestimmt, weil es in der Besteuerung der Einkommen

*Eine bedeutungslose Angelegenheit: Genossenschaftliche Erziehung.*

Referent: Ch.-H. Barbier.

*Die Aufgabe der Presse.*

Referent: E. Topham, Grossbritannien.

*Die Beziehungen zwischen Konsument und Produzent.*

Referent: Prof. A. B. MacDonald, Kanada.

*Die Genossenschaft und der Wiederaufbau der Landwirtschaft.*

Referent: H. L. Kaji, Indien.

*Genossenschaftliche Produktion und Warenvermittlung auf internationalem Gebiet.*

Referent: Th. Odhe, Direktor des IGB.

*Genossenschaft und Behörden.*

Referent: L. de Brouckère, Belgien.

*Abschlussvortrag:*

*Zusammenfassung der Kursvorträge und Diskussionen.*

Referent: Ch.-H. Barbier.

### Erläuterungen

Jeden Vormittag findet ein Vortrag statt (mit Ausnahme von Samstag, 18. September), über den am Nachmittag diskutiert wird.

Die Vorträge werden den Teilnehmern zum voraus schriftlich in französischer oder englischer Sprache zugestellt.

Zur Eröffnung der Sommerschule offeriert der IGB den Teilnehmern Samstag, 11. September, ein Nachtessen.

Eine ganztägige Exkursion ist auf Samstag, 18. September, angesetzt.

Je ein Nachmittag der Woche ist für den Besuch der Stadt Prag und ihrer Messe vorgesehen.

Ueber die Abendprogramme bestimmen die Teilnehmer selber in Jiloviste.

Alle Besuche und Exkursionen stehen unter der Leitung des *Ustredni Rada Druzstev* (Genossenschaftsrat), Prag.

Für die Verbindung mit Prag stehen den Teilnehmern Autocars zur Verfügung. Jiloviste liegt auf dem Lande, ca. 20 km südlich von Prag, in einer reizvollen Gegend von Feldern und Wald.

Das *Palace Hotel* ist ausschliesslich der Sommerschule reserviert und ist für die Abhaltung der Kurse vorzüglich geeignet. Ein schöner Garten, ein Tennisplatz und ein nahe gelegenes Schwimmbad stehen den Teilnehmern zur Verfügung.

### Preis für Aufenthalt und Kurse

Das Kursgeld beträgt für die Teilnehmer 7 Pfund Sterling pro Woche (Unterkunft und Verpflegung inbegriffen) und ist an der Sommerschule selber zu bezahlen. Eine Einschreibgebühr von 1 Pfund pro Teilnehmer ist zudem direkt an den I. G. B. zu entrichten.

Die Verpflegung umfasst: Englisches Frühstück, Mittagessen, Imbiss und Nachtessen.

### Anmeldungen

Alle Anmeldungen sind durch Vermittlung der nationalen Organisationen (für die Schweiz: V. S. K., Abt. Presse und Propaganda, Tellstrasse 62/64, Basel) an den Internationalen Genossenschaftsbund (I. G. B.) zu richten. Anmeldungen werden bis zum 14. August 1948 angenommen. Man ist gebeten, anzugeben in welcher Sprache man den Text der Vorträge zu beziehen wünscht.

Für die Teilnehmer wird ein ausführliches Programm und ein Stundenplan zusammengestellt.

**N. B. Wir ersuchen unsere Verbandsvereine, das Programm der 18. Internationalen Genossenschaftlichen Sommerschule nach obenstehenden Angaben möglichst bekannt zu machen. Insbesondere bitten wir sie, mit den Mitgliedern, die sich dafür interessieren dürften, persönlich Fühlung zu nehmen und uns die Anmeldungen so rasch wie möglich zu übermitteln.**

---

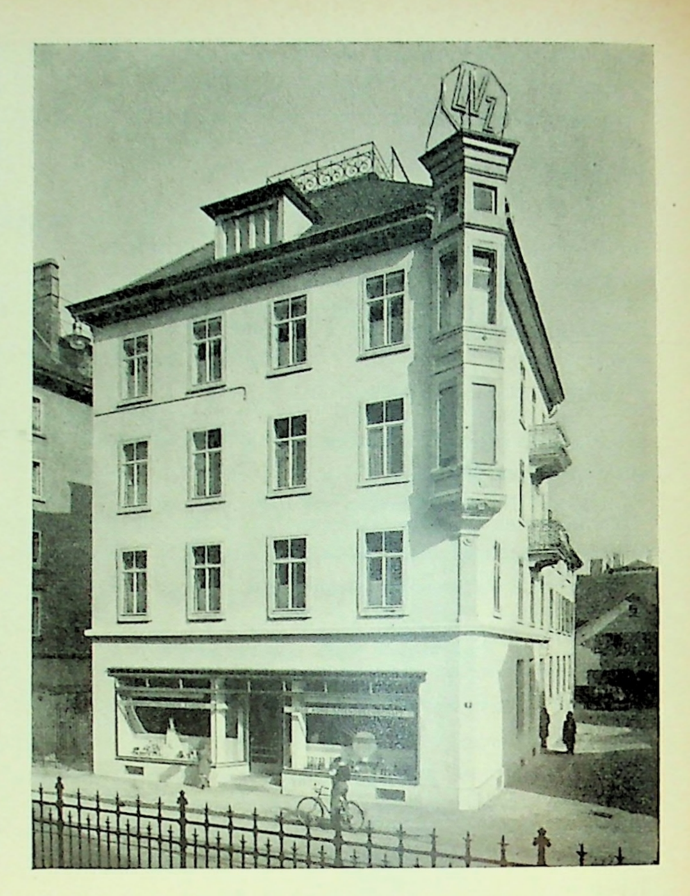
einen grossen Fortschritt für den Kanton Baselland brachte. In diesem Zwiespalt werden sich ja noch oft viele Genossenschafter befinden: Soll ein allgemeiner Fortschritt in Frage gestellt werden, solange die Konsumgenossenschaften nicht gerecht besteuert werden? Hier konnte der Stimmbürger nun dank guter parlamentarischer Arbeit unbefangener urteilen.

Und da sollten sich alle Genossenschafter und Genossenschaftsfreunde in unserem Lande die Lehre, die aus dem basellandschaftlichen Entscheid und seiner Vorgeschichte gezogen werden kann, zu eigen machen: Den Kampf von allem Anfang an konsequent und auf der ganzen Front führen. Unsere Freunde haben sich im Kanton Baselland konsequent für die Befreiung der Genossenschaften eingesetzt und keinen Hehl darüber gelassen, dass das Gesetz sehr gefährdet wäre, wenn die Genossenschaften nicht gerecht behandelt würden. Aber auch in der Abstimmung setzten sich die Genossenschaften aktiv für das Gesetz ein und überliessen die Befürwortung nicht ausschliesslich den politischen Parteien, indem sie als Beilage zum *Genossenschaftlichen Volksblatt* ein Flugblatt verteilen liessen. Sie sorgten damit für eine eingehende Aufklärung unter ihren Genossenschaftern, und diese Aufklärung hat sich sehr gelohnt.

Wir dürfen feststellen: das Baselbiet hat sich ausdrücklich für die Genossenschaften ausgesprochen, und die Baselbieter Genossenschafter werden sich dadurch ermuntert fühlen, sich auch weiterhin für eine volle Berücksichtigung unserer genossenschaftlichen Begehren einzusetzen. Wenn hier die volle Befreiung erreicht wurde, so werden sie um so zuversichtlicher in die Diskussionen über das neue Steuergesetz eintreten, wo sie nicht mehr volle Befreiung verlangen, sondern nur den Standpunkt vertreten werden, dass nur die Rückvergütung von der Steuer befreit und nicht der gesamte Ertrag von der Steuer ausgenommen werden soll. Die Baselbieter Genossenschafter dürfen zuversichtlich auf einen weiteren Erfolg bei der Beratung und der Abstimmung über das neue Steuergesetz hoffen. *Lj.*

Vom

# LVZ




*Das renovierte und erweiterte Verwaltungsgebäude des LVZ*

Gewiss viel Beachtung weckt immer wieder der Jahresbericht des *Lebensmittelvereins Zürich*. Er kommt auf einem sehr präsentablen Papier, in angenehmem Druck, versehen mit interessanten Photographien ins Haus der Mitglieder. Auch im vergangenen Jahr konnte der LVZ manchen Erfolg buchen. So erhöhte sich der *Umsatz* von Fr. 49 303 600.— auf Fr. 56 229 600.—, was einer Erhöhung um Franken 6 926 000.— oder 14.5 % entspricht. Die Zahl der Mitglieder stieg von 46 466 Mitglieder auf 47 901 Mitglieder. Wie stark die Genossenschaft in allen Bevölkerungskreisen vertreten ist, zeigt die berufliche Gliederung der Mitglieder:

| | |
|---|---|
| 1. Hausfrauen | 23 123 |
| 2. Arbeiter | 10 726 |
| 3. Beamte und Angestellte | 9 098 |
| 4. Selbständig Erwerbende in Industrie und Handel | 1 173 |
| 5. Selbständiger Mittelstand (Handwerker, Kleinhändler, Wirte) | 1 208 |
| 6. Liberale Berufe (Advokaten, Aerzte, Künstler usw.) | 841 |
| 7. Lehrer, Geistliche | 641 |
| 8. Landwirtschaft (inkl. Forstwirtschaft, Fischerei, Käserei usw.) | 367 |
| 9. Juristische Personen (Anstalten usw.) | 63 |
| 10. Berufslose | 661 |
| | 47 901 |

Bis Ende 1947 war die Zahl der Lebensmittelfilialen auf 173 angewachsen.

Die LVZ-Arbeitsgemeinschaft besteht aus 244 männlichen und 678 weiblichen Angestellten.

Aus dem Betriebsüberschuss in Höhe von Fr. 584 000.— sind reserviert für:

| | |
|---|---|
| Abschreibung auf Liegenschaften | 250 000.— |
| Einlage in den Reservefonds | 100 000.— |
| Einlage in den Mitgliederfonds | 60 000.— |
| Zuweisung an den Spezialfonds für pensionierte Angestellte und Arbeiter des LVZ | 100 000.— |
| Zuweisung an die Alters- und Hinterlassenenversicherung | 60 300.— |

Der LVZ hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 475 243 volle Rabattbüchlein gegen Bargeld eingelöst, das sind 62 900 Stück mehr als im Jahr 1946.

Aus der *Bilanz* mit einem Totalbetrag von Franken 17 775 500.— seien folgende Posten festgehalten:

*Aktiven:* Banken Fr. 268 700.—; Debitoren Fr. 1 760 800.—; Wertschriften Fr. 144 600.—; Warenvorräte Fr. 5 767 550.—; Grundpfandforderungen Fr. 125 000.—; Beteiligungen V. S. K. und Zweckgenossenschaften Fr. 302 600.—; diverse Beteiligungen Fr. 97 550.—; Immobilien und Umbauten in Arbeit Fr. 8 996 100.—; Fuhrpark Franken 200 000.—; Betriebsmobiliar; Fr. 59 300.—. *Passiven:* Kreditoren Fr. 4 817 900.—; Spezialfonds für pensionierte Angestellte und Arbeiter des LVZ Fr. 518 700.—; ausstehende Rabattmarken Franken 774 000.—; Hypothekarschulden Fr. 7 021 500.—; Genossenschaftskapital Fr. 811 150.—; Reserven Fr. 3 751 600.—.

Von einer beachtenswerten Tätigkeit berichten die *Propagandakommission*, die *Frauenkommission* sowie die *Studienzirkel*.

Gross ist die Zahl der *Vorteile*, die der LVZ bietet. Wir geben im folgenden wieder, was hierüber im Abschnitt über die «*Genossenschaftliche Dienstleistung*» steht.

«Wohl einer der charakteristischsten Grundzüge der *echten Genossenschaft* ist die Dienstleistung. Das Streben nach Gewinn zur Bereicherung eines einzelnen oder einiger weniger verträgt sich mit ihren Grundsätzen nicht und liegt ihr fern. Ob eine Leistung der Genossenschaft wirtschaftlicher oder ideeller Art, ob sie klein oder gross ist, immer dient sie dem Ganzen und richtet sich nach den Interessen der Gesamtheit.

In der Genossenschaft LVZ sind heute über 47 000 Mitglieder — und mit ihnen gesinnungsmässig auch deren Fami-

lien — zusammengeschlossen. Somit umfasst der Kreis derer, die direkt oder indirekt sozusagen täglich mit dem LVZ in Berührung kommen, rund 130 000 Personen, Frauen, Männer und Kinder. Für sie arbeitet die Genossenschaft LVZ, für sie setzt sie restlos ihre Mittel ein, kämpft zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und zur Förderung ihrer sozialen Wohlfahrt. An Gegnerschaft fehlt es ihr dabei ja nicht. Die genossenschaftliche Warenvermittlung als Dienstleistung für die Konsumentenschaft wird von allen denen hart und rücksichtslos angefochten, die im genossenschaftlichen Zusammenschluss der Konsumenten eine Gefahr persönlicher Geschäftsinteressen erblicken. Sie ertragen die loyale Konkurrenz der Konsumgenossenschaften nicht und bekämpfen die Genossenschaften der Konsumenten, drohen mit Machtmitteln wie Warenboykott, Verschlechterung der Konditionen und dergleichen mehr, setzen Verdächtigungen und falsche Behauptungen in die Welt, alles zu dem Zweck, den wirtschaftlichen Zusammenschluss der Konsumenten zu erschweren und in seinen Fundamenten zu untergraben.



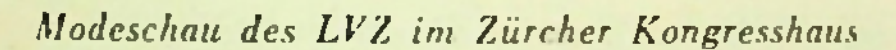
*Ehrung der LVZ-Mitglieder mit 50jähriger Mitgliedschaft*

Wir können jedoch mit Befriedigung feststellen, dass bisher es weder wirtschaftlichen noch politischen Druckmitteln gelungen ist, die Position der Konsumentenorganisationen auch nur im geringsten zu erschüttern. Auch die Arbeit unserer Genossenschaft, die Vorwärtsentwicklung des Umsatzes und das stete Wachsen der Mitgliederzahl sind ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit unserer wirtschaftlichen und ideellen Zielsetzung.

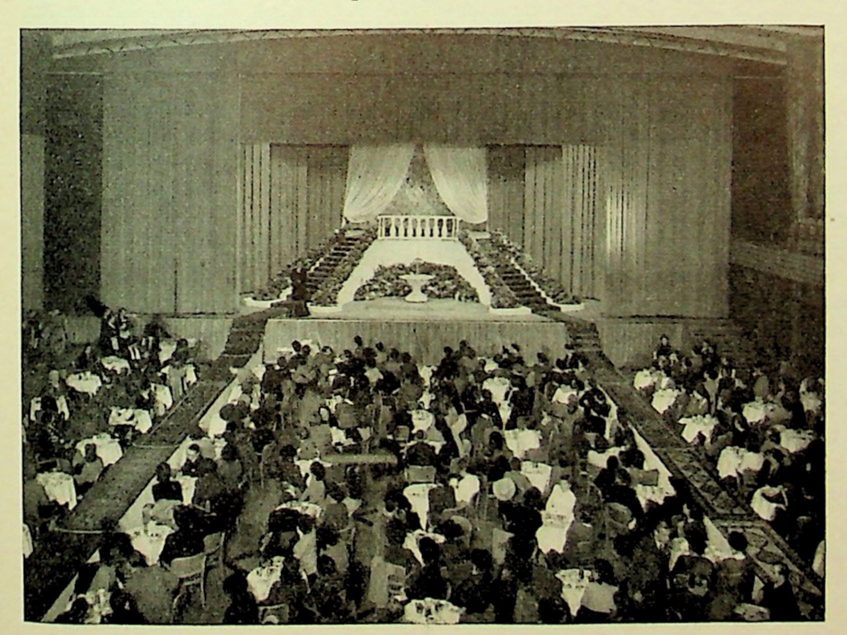
Davon lassen wir uns nicht abbringen. Wir sind entschlossen, unsere Bemühungen um die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses und der Grundsätze genossenschaftlicher Warenvermittlung stetsfort zu steigern.

Was die Genossenschaft LVZ ihren Mitgliedern ausserhalb der Warenvermittlung auch im Berichtsjahre wieder als besondere Dienstleistung zu bieten vermochte, geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

1. Wöchentliche unentgeltliche Zustellung des «Genossenschaftlichen Volksblattes» (Auflage am 31. Dezember 1947 43 616 Stück).
2. Gratisferien für 32 treue Genossenschafterinnen in Jongny und Weggis (Ferienheime des V. S. K.).



*Modeschau des LVZ im Zürcher Kongresshaus*



3. Je zwei Gratisbillette für LVZ-Vorstellungen im Stadttheater Zürich für die in den Jahren 1941 und später eingetretenen Mitglieder (zwei Vorstellungen fallen noch ins Jahr 1948).
4. Abgabe von stark verbilligten Theaterbilletten für Vorstellungen im Zürcher Schauspielhaus.
5. Abgabe von 9953 Gratisbilletten für den Zoologischen Garten an die Kinder unserer Genossenschafter.
6. Ausgabe von 943 Gutscheinen zu Fr. 10.— zum Bezuge von Bébéartikeln (bei Geburten innerhalb einer Genossenschafterfamilie).
7. Auszahlung von 347 Sterbefallbeiträgen an Hinterbliebene von verstorbenen Genossenschaftern im Gesamtbetrag von Fr. 31 182.—.
8. Gratisabgabe eines Haushaltungsbuches und eines Wandkalenders an die Mitglieder und Kunden.

# Die heutige Krise in der schweizerischen Weinwirtschaft

Ueber dieses Problem ist in letzter Zeit in den Tageszeitungen viel geschrieben worden. Am 9. Juli fand in Bern sodann eine Pressekonferenz statt, an der der Präsident der Konsultativen Kommission, Herr A. Chaponnier, Aufschluss über die vorgesehenen Massnahmen erteilte. Da die Darstellung in verschiedenen Presseberichten nicht in allen Teilen mit den letzteren übereinstimmt, möchten wir unseren Vereinen — um Missverständnissen vorzubeugen — nachfolgend einen kurzen Ueberblick über die wirklichen Verhältnisse auf dem heutigen Schweizer Weissweinmarkt geben.

Welches sind eigentlich die hauptsächlichsten Ursachen der gegenwärtigen Weissweinschwemme?

Die Schweiz ist ein ausgesprochenes Weisswein-Produktionsland, denn ca. 80 % der Ernten entfallen auf Weissweine, und nur ca. 20 % auf Rotweine.

Im Verbrauch liegen aber die Verhältnisse gerade umgekehrt, denn es werden ca. 65 % Rot- und nur ca. 35 % Weissweine konsumiert. Hierin liegt ein schwerwiegendes Missverhältnis, dem die Produzenten der Westschweiz (im Gegensatz zu jenen der Ostschweiz) nie oder auf alle Fälle viel zu wenig Rechnung getragen haben. Zudem brachten die letzten Jahre zum Teil überdurchschnittliche, grosse Ernten hervor. Während des Krieges konnten die produzierten Mengen, zufolge des grossen Ausfalls der Importweine, ohne weiteres placiert und verwertet werden. Das Jahr 1945 bescherte uns sodann den hervorragenden «Jahrhundertwein», der, dank seiner Güte, reissenden Absatz fand.

Fatal wirkten sich hingegen verschiedene Umstände aus, die beim Verkauf der 1946er Ernte mitspielten. Obwohl diese sehr ausgiebig war, stand sie anfänglich noch im Zeichen der Weinmangelwirtschaft. Es wurden vielfach unrichtige, d. h. kleinere Produktionszahlen, angegeben. Da und dort wurden grössere Mengen zu Spekulationszwecken zurückgehalten; die Preiskontrolle für Weine wurde — u. a. entgegen der Ansicht des V. S. K. — aufgehoben; die Empfehlungen von Alt-Bundesrat Stampfli, wonach die für die 1945er Weine bezahlten Plafondpreise nicht überschritten werden sollten, wurden von vielen Produzenten- und Händlerkreisen missachtet. Als erste Folge davon wurden die Preise für einheimische Weine auch in den Gaststätten erneut erhöht, obwohl die 1946er Qualität bei weitem nicht an jene des Vorjahres heranreichte.

Es ist nun ohne weiteres erklärlich, dass aus diesen Gründen der Konsum der 1946er Weine nur schleppend vor sich ging, zumal der letztjährige heisse Sommer einen neuen Spitzenjahrgang (analog des 1945ers) ankündigte, der dann auch erwartungsgemäss ausfiel, und zwar sowohl qualitativ als auch quantitativ.

Das Problem besteht nun darin, dass noch viele Millionen Liter 1946er Weine in den Kellern der Encaveurs und des Handels liegen, die nicht nur den bedeutend besseren und wesentlich billigeren 1947ern vielerorts den Weg in den Verkauf versperren, sondern die auch die Unterbringung der zu erwartenden 1948er Rekordernte in Frage stellen.

Es mussten deshalb Mittel und Wege gefunden werden, um einen Grossteil dieses Produktionsüberschusses zu verwerten, weshalb unsere zuständigen Behörden eine Uebernahmeaktion beschlossen haben. Obwohl die genauen Ausführungsbestimmungen noch nicht in allen Einzelheiten bekannt sind, wird sich diese ungefähr wie folgt abwickeln:

Die Importeure, die verschiedenen Detailverkaufsorganisationen und der Weinhandel überhaupt haben insgesamt maximal 20 000 000 Liter Weissweine, wovon ca. 17 000 000 bis 18 000 000 Liter 1946er und ca. 2 000 000 bis 3 000 000 Liter sogenannte kleinere 1947er Weine (Petits Vins) zu übernehmen.

Die Uebernahme dieser sogenannten Aktionsweine wird im Verhältnis zu den im Durchschnitt der Jahre 1946/1947 eingeführten roten und weissen Auslandsweine erfolgen.

Weitaus der grösste Teil, d. h. 17 000 000 bis 18 000 000 Liter, sind für die Beimischung zu kuranten Rotweinen, wie Tischwein, Montagner, Rosé, Hügelwein, bestimmt, wogegen ca. 2 000 000 bis 3 000 000 Liter, vor allem die sogenannten 1947er «Petits Vins», unter der Bezeichnung «Schweizer Weisswein» oder «Vin blanc du pays» zum verbilligten Verkauf gelangen sollen.

Die Verbilligung dieser Aktionsweine wird durch eine Entnahme von 10 000 000 Fr. aus dem Weinfonds, der seit Jahren durch einen Zuschlag von 3 Fr. per Hektoliter auf den Importweinen gespiesen wird, ermöglicht.

Aber auch die Verkäufer der Aktionsweine haben daran einen Beitrag zu leisten, werden ihnen doch dafür nur stark reduzierte Preise bezahlt, die für sie einen Verlust von 50 bis 75 Rappen per Liter bedeuten.

Den Importeuren, Detail-Verkaufsorganisationen usw., welche diese Aktionsweine zu übernehmen haben, werden sie zu einem niedrigen Preis überlassen, der ungefähr demjenigen eines kuranten Fremdrotweines entspricht.

Wie bereits eingangs erwähnt, werden, entgegen anders lautenden Meldungen, ca. $^9/_{10}$ dieser Aktionsweine den kuranten Fremdrotweinen Montagner, Rosé, Tischwein usw. beigefügt werden müssen, und zwar in einem Ausmass von 15 bis 20 %. Dadurch wird die Qualität dieser Weine kaum beeinträchtigt, besonders nicht, wenn für diese Zusammenstellungen speziell dunkle Rotweine verwendet werden.

Der verbilligte «Schweizer Weisswein» wird ungefähr auf der Montagner-Preisbasis verkauft werden können.

Der V. S. K. ist von allem Anfang an dieser ganzen Aktion skeptisch gegenüber gestanden. Wenn nämlich im Herbst 1946 all die Fehler der Produzenten und gewisser Käuferkreise, auf die wir hinwiesen, nicht begangen worden wären, hätte diese Uebernahmeaktion nicht nur vermieden werden können, sondern die ganze schweizerische Weinwirtschaft wäre nicht dermassen kompromittiert worden, wie dies heute, hervorgerufen durch all die Debatten, Zeitungspolemiken usw. leider der Fall ist.

Nichtsdestoweniger wird uns und natürlich auch allen anderen Firmen, die auf Grund der 1946/1947er Fremdweinimporte dieser Aktionsweinübernahme unterstellt sind, nichts anderes übrigbleiben, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und uns den vorgesehenen Sondermassnahmen zu unterordnen.

Es ist aber zu hoffen, dass von unseren verantwortlichen Behörden rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, damit solch folgenschwere Fehler, wie sie in bezug auf die 1946er Ernte begangen worden sind, nicht mehr vorkommen können, ansonst alle Bestrebungen zwecks Herbeiführung gesünderer Verhältnisse in der schweizerischen Weinwirtschaft zum voraus zum Scheitern verurteilt sind.

*W. Gnaedinger*

# Bergbauernkurs auf dem Herzberg

*Teilnehmer aus den Gemeinden der Patenschaft Co-op berichten*

Wer hat nicht schon etwas vom Herzberg gehört! Der Wirkungsstätte von Dr. Fritz Wartenweiler! Tausende waren schon dort oben, wo der Geist der Gemeinschaft, des fruchtbaren Schaffens an sich und für andere herrscht. Viel Wissen ist da beieinander, und viele neue Kenntnisse und Erkenntnisse sollen von hier auch hinausgetragen werden. Dr. Fritz Wartenweiler geht es um das Volk, um jeden einzelnen; er baut auf auf dem Einfachen, Natürlichen, Selbstverständlichen, versucht eine positive Lebenshaltung, eine innere Freiheit zu den Dingen, eine gewisse überlegene Urteilsfähigkeit gerade dort zu wecken und zu fördern, wo noch so vieles verkrampft und ungelöst ist. Auch dem praktischen, handwerklichen Unterricht, der auf dem Herzberg gepflegt wird, liegt die hohe ethische Ueberzeugung zugrunde, die alles Tun und Wirken auf dem Herzberg durchflutet. Für die *Patenschaft Co-op* war es deshalb gar keine Frage, dass sie sofort bereit sein musste, um den Plan eines *Bergbauernkurses auf dem Herzberg* verwirklichen zu helfen. Sie fand auch offene Bereitschaft zur Teilnahme in den Patenschaftsdörfern. Zu den acht jungen Burschen, die dank der Patenschaft Co-op am Kurs teilnahmen, der natürlich in die Wintermonate verlegt werden musste, hätten sich gerne noch weitere gesellt. Wichtige Gründe hielten sie ab. Dafür machten aber noch Jünglinge aus anderen Bergdörfern auf dem Herzberg aktiv mit.



*Die Kursteilnehmer aus den Gemeinden der Patenschaft Co-op*

Aus den der Patenschaft Co-op zugegangenen Berichten über den Kurs sind im folgenden einige Abschnitte wiedergegeben.

So schreibt ein Teilnehmer aus *Goppisberg:*

«In der letzten Januarwoche, traf in unserem Bergdörflein Goppisberg eine schriftliche Einladung seitens der Patenschaft Co-op ein, die den Besuch eines Bergbauernkurses im Volksbildungsheim Herzberg bei Aarau anstrebte. In diesem Sinne möchte ich der Patenschaft Co-op sowie ihrem Vertreter, Herrn Prüsse, herzlich danken. Herzlich danken aber auch für die tatkräftige finanzielle Unterstützung. Das Programm des Kurses versprach für die heutige Zeit ein sehr nützliches zu sein, was uns auch sehr erfreute.

### *Auf dem Herzberg*

Nach einer bei günstiger Witterung unterhaltungsreichen Reise trafen wir zirka um 14.30 Uhr beim Volksbildungsheim Herzberg ein, wo uns der Hausdirektor, Herr Dr. Grob, in zuvorkommender Weise empfing. Beim ersten Anblick musste ich feststellen, dass das Heim von fachkundigen Händen geführt wird, denn alles war sehr sauber und wohnlich eingerichtet. Der Herr Direktor wie das übrige Dienstpersonal zeigten sich in jeder Hinsicht als sehr dienstbereit, und so stellten auch wir uns kameradschaftlich an ihre Seite. Jeder machte die ihm übertragene Arbeit im Hausbetrieb mit Freuden, so dass diese Kurswoche auch in kameradschaftlicher Hinsicht mit Erfolg gekrönt war.

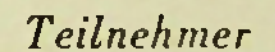
### *Die Vorträge*

Bald nach der Ankunft, und mit gut gestärktem Magen, wurden wir in den Vortragssaal geführt, wo wir den ersten Vortrag zu hören bekamen, gehalten von Walter Ryser, ing. agr., über die besondere Lage der Bergbauern und über den Wert einer geeigneten Heimarbeit. Aus seinen Ausführungen konnte ich mich überzeugen, dass die Bergbauernfrage heute eines der grössten Sorgenkinder unserer Landesregierung ist. Auch andere Redner kamen immer wieder auf dieses Thema zurück.

«Um dem Bergbauer zu helfen, muss ihm ein Nebenverdienst geschaffen werden, sei es durch ein Verlegen eines Industriezweiges in die Gebirgskantone oder sei es durch irgend eine Heimarbeit.»

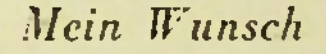
Jeder Referent, der auf diese Frage zu sprechen kam, erkannte dies als das einzige Mittel, um der Landflucht einigermassen entgegentreten zu können.

Auch die Vorträge der nachfolgenden Tage waren sehr inhaltsreich. Besonders gut ausgeführt war das Thema «Arbeiter und Bergbauer» von Nationalrat Hans Roth. Aus seinen Ausführungen konnte man klar werden, wie nahe der Arbeiter und der Bauer einander in wirtschaftlichem Sinne verwandt sind.



### *Teilnehmer*

Am ersten Abend versammelten wir uns im Vortragssaal, nicht um einen Vortrag zu hören, sondern um einander kennen zu lernen. Im ganzen waren es 38, die dort ihre Herkunft bekennen mussten. Anwesend waren Berner Oberländer, Graubündner, Toggenburger, Glarner und elf Walliser. Die gegenseitigen Aussprachen führten zu mancher interessanten Unterhaltung.



### *Mein Wunsch*

Meinen Wunsch möchte ich dahin äussern, dass auch weiterhin solche Bildungskurse besucht würden.

Mit dankbarem Herzen verliessen wir am 22. Februar den Herzberg wieder, mit dem Bewusstsein, etwas Nützliches gehört und gesehen zu haben.»

Ein *Blitzinger* (Wallis) schreibt:

«Betreffend den Inhalt des Kurses kann ich nur von Gutem und Lehrreichen schreiben. Der Kurs wäre sicher noch interessanter, wenn man etwas im Praktischen durchführen würde, wie das Vorführen landwirtschaftlicher Maschinen, welche man fast in jedem Bergbauernbetrieb brauchen könnte, und an zweiter Stelle lohnende Heimarbeit.

Wenn die Bergbauern nebst dem kleinen Gütlein sich in der Heimarbeit beschäftigen können, haben sie eine sichere, nette Existenz.

Dank der Patenschaft Co-op ist bei uns und in mehreren Gemeinden solche Heimarbeit eingeführt worden; hoffen wir, dass diese auf die eine oder andere Art auch weiterhin bestehen bleibt! Eines ist sicher, wenn dauernde Heimarbeit oder Fabrikarbeit in den meisten Bergdörfern vorhanden wäre, würde die Auswanderung auch zum Teil verhindert werden können.

Interessant war es, andere Menschen kennen zu lernen; auch sie haben es nicht leicht, denn das Bergbauernleben ist hart und ohne Arbeit gibt's kein Brot!»

## Selbstbedienungsgeschäfte in der Schweiz?

In Nr. 14 des «Schweiz. Konsum-Vereins» gaben wir aus dem «Wander-Kurier» Ausführungen von Herrn Direktor Schlaepfer über die amerikanischen Selbstbedienungsläden wieder. Die neueste Nummer des von der Dr. Wander AG. herausgegebenen Blattes enthält den Aufsatz abschliessende Bemerkungen über die Möglichkeiten der Einführung des Selbstbedienungssystems in der Schweiz.

Wir lesen u. a.:

Und nun die Hauptfrage, die man immer wieder stellt: Ist die Entwicklung des schweizerischen Detailhandels in grossem Umfang zum Selbstbedienungsgeschäft möglich oder nicht?

Ich habe bereits erwähnt, dass meiner Ansicht nach die sentimentalen Gründe, die Gewohnheit und die Tradition nicht allzusehr überschätzt werden sollen, obwohl gerade diese Gründe in den meisten Artikeln der Schweizer Presse als hindernde Faktoren in die erste Reihe gestellt werden. Es dürfte zweckmässig sein, das ganze Problem vom rein kaufmännischen Standpunkt aus anzuschauen:

Es ist nicht meine Sache, alles durchzurechnen, doch kann ich mir durchaus vorstellen, dass die Miete eines genügend grossen Lokals im Zentrum einer Stadt so teuer wäre, dass die Ersparnisse, welche man durch Reduktion des Personals erzielen kann, mehr als wettgemacht würden. Wenn man aber grosse Frequenz haben will, muss man in der Schweiz in das Zentrum der Stadt gehen, weil dort die Strassenbahn, vielleicht auch die Eisenbahn, die Autobus- und die Trolleybus-Linien zusammenlaufen und weil auch für die Schweizer Hausfrau in unsern Städten das Parkproblem keine negative Rolle spielt, da sie ja in den meisten Fällen kein Auto hat.

Möchte man jedoch das verhältnismässig geräumige Geschäft hinausverlegen, wo die Mieten schon bedeutend tiefer sind, wäre es vielleicht nicht mehr möglich, die nötige Anzahl Kundinnen anzuziehen. Bedenken wir wiederum, eine welch grosse Rolle das *Automobil* in den Vereinigten Staaten spielt. Dort kann man selbst auf offenem Land, wo sich zwei grosse Verkehrsstrassen kreuzen, ohne dass andere Häuser in der Nähe stehen, ein solches Geschäft aufbauen und daneben einen grossen Parkplatz erstellen, und wenn die Reklame in den Zeitungen der umliegenden Ortschaften richtig gemacht wird, halten die Leute im Vorbeifahren an, kaufen und alimentieren das neue Geschäft durchaus genügend. Wenn interessante Offerten in der Zeitung erscheinen, ist die amerikanische Hausfrau imstande, recht weit mit dem Automobil zu fahren, um eine kleine Ersparnis zu machen, und diese interessanten Offerten sind eben möglich, weil die bekanntesten Markenpräparate nicht zu vorgeschriebenen Preisen verkauft werden. Aus diesem Grunde gehen heute bei den amerikanischen Städten manchmal Geschäftszentren sprunghaft aus dem überfüllten Zentrum an die Peripherie. Dort entstehen vollständig neue Geschäftsviertel, die wiederum Zentren und Schwergewichtspunkte bilden und dank dem Automobil lebensfähig sind.

*Schlussfolgerungen*

Das Selbstbedienungsgeschäft ist in Amerika eine organisch gewachsene Betriebsform, die existieren kann, weil in verkehrstechnischer, in ökonomischer, in psychologischer Hinsicht die nötigen Voraussetzungen zum Erfolg bestehen. Bei uns müsste das ganze Problem sorgfältig durchgerechnet werden, und zwar mit rein sachlichen Überlegungen: Miete im Zentrum, Ersparnis an Personalkosten bei Selbstbedien-Service, mögliche Frequenz. Oder Miete in peripher gelegenem Gebiet, Ersparnis an Miete und wieviele Hausfrauen kommen dann noch, um im Geschäft einzukaufen.

Derjenige, welcher zuerst diese Fragen objektiv prüft, kann vielleicht seinen Konkurrenten ein gutes Stück vorauskommen und erfolgreich sein. Vielleicht vermeidet er aber auch ein kostspieliges Abenteuer, das ihn im Konkurrenzkampf nicht vorwärtsbrächte, sondern weit zurückwerfen würde, weil er auf Grund seiner Berechnungen entdeckt, dass das, was in Amerika geht, bei uns auf Grund anderer Umstände nicht ohne weiteres zum Erfolg führen kann.

## Beginnende Schwierigkeiten für private Bäckereien

In einem sich durch rückhaltlose Offenheit auszeichnenden Referat an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bäckermeisterverbandes hat Dr. J. Viel auf die *allzu hohen Investitionen* und die *Mitschuld der Mühlen* hingewiesen. Wir haben in dieser aktiven Beteiligung von Mühlen

---

VORBEMERKUNG

Zu den verbreitetsten und angesehensten illustrierten Zeitschriften gehörte im Deutschland der Vorkriegszeit, das heisst vor 1914, das Familienwochenblatt «*Daheim*». Diese Zeitschrift kam schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts heraus, und zwar im Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld und Berlin, später Leipzig. Herausgeber des «Daheim» in jenen Jahren war Dr. *Robert König* in Leipzig. Er war es auch, der im Jahr *1863* auf einer Englandreise von Manchester aus Rochdale besuchte und sich dort eingehend über das Werk der «Redlichen Pioniere» orientieren liess. Was er gesehen und gehört, hat er in den Nummern 24 und 25 vom *März 1865* in der von ihm redigierten Familienwochenschrift «Daheim» geschildert. Wir dürfen annehmen, dass diese Schilderung eines sicher unbefangenen und kritisch urteilenden Beobachters, der 19 Jahre nach der weltgeschichtlichen Schöpfung der Pioniere nach Rochdale kam, nicht nur genossenschaftlich-wirtschaftlich, sondern auch kulturgeschichtlich interessant sei, weshalb wir die Studie Dr. Königs im nachfolgenden wortgetreu zum Abdruck bringen.

## Ein Besuch in Rochdale

*Der Eindruck eines deutschen Journalisten vom Werk der «Redlichen Pioniere», das er sich 1863 ansah*

*Die Pioniere von Rochdale*

Nach einer sehr ermüdenden Nachtfahrt kam ich am 3. Juni 1863 in der grossen Baumwollenmetropole in *Manchester* an. Aus dem hoch auf Felsen thronenden «Athen des Nordens», Edinburg, war ich an die Ufer des Irwell und des Mersey versetzt, in die Provinz Englands, die sich rühmt, den alten angelsächsischen Wahlspruch: «Lieber zu handeln als zu reden», am treuesten bewahrt zu haben, nach *Lancashire*. «Während andere Städte sprechen, arbeitet Manchester», sagt Chambers von Edinburg.

Es war keine günstige Zeit, die betriebsame Stadt kennen zu lernen, die Stadt, die nach Sibirien und Afrika ihre Fabri-

an der Finanzierung von Bäckereien von neuem eine sehr deutliche Bestätigung der Tatsache, dass der kleine «selbständige Mittelstand» gar nicht überall so unabhängig ist, auf eigenen Füssen steht, wie das von der hohen Mittelstandspolitik so gerne dargestellt wird, sondern sich sehr gerne den Rücken durch die Lieferanten und Fabrikanten stärken lässt. Selbstverständlich sind damit gewisse Abnahmeverpflichtungen verbunden, die mehr oder weniger weit gehen und auch gewerbliche Betriebe in eine Abhängigkeit bringen, die der «Selbständigkeit» dieser Geschäfte einen sehr oft oft eigenartigen Inhalt gibt.

Den in der «Bäcker- und Konditor-Zeitung» wiedergegebenen Ausführungen des Wirtschaftsberaters Dr. J. Viel entnehmen wir folgende Stellen:

«Das Bäckergewerbe hat *Investitionen* vorgenommen, die den *Ertragswert normaler Zeiten übersteigen.* Die Folgen werden ebenfalls nicht ausbleiben. Ich könnte Ihnen Beispiele erzählen, die Ihnen als unglaubwürdig vorkämen. Man muss sich oft fragen, ob denn diese Leute *von allen guten Geistern und jeglicher Vernunft verlassen* worden seien.

So wertvoll die *Kredite* der Mühlen für den Aufstieg junger Bäckermeister sind, kann ich die Müller von einem Teil der Schuld nicht freisprechen, denn im Interesse der *Kundensicherung und Kundenbindung* gingen sie in der Gewährung von Krediten oft viel zu weit. Sie werden sich darauf gefasst machen müssen, einen Teil davon abzuschreiben. Leider ist es dann in der Regel so, dass man von einem Extrem ins andere fällt, genau so wie es weiland bei den *Brauereien* in der *Hektoliterjagd* unseligen Gedenkens der Fall war. Sie konnten sich nur noch so sanieren, dass sie eine kartellmässige Abmachung in der Form des sog. Kundenschutzvertrages abschlossen, bei welchem der *Wirt in der Wahl der Brauerei nicht mehr frei* war. Das Bäckergewerbe würde sich gegen eine solche Art Kundenschutz durch Selbsthilfemassnahmen energisch zur Wehr setzen. Besser ist es daher, wenn die Müller in der Kreditgewährung weises Mass halten. —

Die sich *rasch zuspitzende Lage im Bäckergewerbe* erheischt rasche Entschlüsse, in erster Linie beim Einzelbetrieb und ergänzend für die Gesamtheit. Der einzelne wird sich fragen, was er denn an seiner Stelle unternehmen könne. Da möchte ich antworten:

*In erster Linie besser rechnen, kaufmännischer denken, sorgsamer und weitblickender wirtschaften.*

Es gibt keine Entschuldigung, dass man eben nicht kaufmännisch geschult sei, denn heute sind diese kaufmännischen Kenntnisse einfach unerlässlich. Wer sie nicht hat, der tut besser, die Hände von einem Betrieb zu lassen, oder sich das Fehlende anzueignen. — Ich habe schon vor der Berufskommission ausgeführt, dass ich in meiner langen Praxis zur Ueberzeugung gekommen sei, dass *der Unternehmer selbst die erste Verlustquelle seines Unternehmens darstelle,* gleich wie er umgekehrt auch die *erste Erfolgsquelle* sei.

Dort, wo die Selbsthilfemöglichkeit des einzelnen aufhören, muss die *Kollektivhilfe der Berufsgemeinschaft* einsetzen. Sie erfordert aber die

*Solidarität aller.*

Auch hierin muss eine Wandlung eintreten. Es wird vielleicht in Bälde notwendig sein, dass wir uns wieder Zahlenmaterial auf breiter Basis beschaffen müssen, wobei sehr zu hoffen wäre, dass die Beteiligung weniger kläglich sei als das letzte Mal, wo es sich darum gehandelt hat, sich gegen die Verminderung des Backlohnes um 2 Rappen zur Wehr zu setzen. Wenn jeder an seiner Stelle das Rechte tut und all das vorkehrt, was den tüchtigen Kaufmann ausmacht, und wenn wir dazu gemeinsam vom eisernen Willen beseelt sind, den Bäckerfamilien ihre Existenz zu sichern, dann müsste es schon merkwürdig zugehen, wenn wir die Schwierigkeiten nicht überwinden würden.»

## Die genossenschaftliche Mitwirkung auf dem Gebiete der französischen Arbeitsgestaltung

L. In Frankreich, der Geburtsstätte des modernen sozialen Gedankens, besass die Forderung des Mitspracherechtes der Arbeitnehmer und der Verbraucher an den Produktionsbedingungen des Landes seit langem entschiedene Anhänger, besonders in den intellektuellen Kreisen. Die jüngste Entwicklung der französischen Arbeitsgesetzgebung beteiligte den Arbeitnehmer, direkt oder indirekt, an der strukturellen Neugestaltung des französischen Wirtschaftslebens. Sie zog auch die Verbraucher, und zum Teil die Konsumentengenossenschaften selbst, zu dieser Mitwirkung heran. Das Ziel dieser Bestrebungen ist, dem Arbeitnehmer und dem Verbraucher auf jeder Stufe der Wirtschaftsorganisation: im Einzelbetrieb, im Berufszweige und im Landesinteresse, ein Mitspracherecht zu geben. Damit gewinnt sowohl der Gedanke der Produktionsgenossenschaft als derjenige der Verbrauchergenossenschaft Einfluss auf die französische Wirtschaftsstruktur.

Wir beschreiben nachstehend kurz diese Entwicklung in den drei wichtigsten Institutionen des französischen Arbeits-

---

kate sendet, die dem Chinesen in seinem Teegarten ebenso wie den indianischen Squaws in ihren Felsbergen Gewebe zur Kleidung liefert. Der schwüle Druck der *Baumwollenkrisis* (oder *Baumwollenhungersnot)* — «cotton famine», wie es im Englischen heisst — ruhte auf Stadt und Land. *Viele Fabriken standen still,* und schauerlich leblos ragten ihre riesenhaften Schornsteine in die ungewöhnlich klare Luft. Die Strassen und Plätze — auch die sonst belebtesten im Mittelpunkt der Stadt — waren verhältnismässig ruhig, und nur zu oft schlichen elende, hagere Gestalten längs der Häuser, denen der lange Stillstand der Arbeit sein verwüstendes Gepräge auf das Antlitz gedrückt hatte, oder an den Ecken standen Gruppen von müssigen Arbeitsleuten, die sich über die Notzeit und über die neuesten Nachrichten aus Amerika unterhielten.

Mich hatte keine müssige Touristenneugierde nach Lancashire geführt. Ich bekümmerte mich auch wenig um die Fabriken und den Handel der Baumwollengrafschaft. Mein Zweck war, die hier glücklich begonnenen und erfolgreich fortgeführten Anstrengungen, die grossen sozialen Probleme unserer Zeit auf dem Wege der *Kooperation* (zu deutsch: *Genossenschaftswesen)* zu lösen, aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Darum war mein Hauptziel auch nicht Manchester, sondern *Rochdale.* Nachdem ich in *Ancoats,* dem ältesten Teil der grossen «Cottonopolis», den Sekretär der dortigen *«Co-operative Society»* leider nicht angetroffen hatte, machte ich mich auf den Weg nach Rochdale. In 22 Minuten brachte mich der Schnellzug dorthin.

Die von dem *Flüsschen Roch* durchströmte Stadt enthält etwa 38—40 000 Einwohner. Die Häuser, aus roten, allmählich schwärzlich-grau gewordenen Ziegelsteinen erbaut, mit Schiebfenstern und zahlreichen Schornsteinen, dazu die ungeheuerlichen Schornsteinpyramiden der Fabriken geben ihr einen mit den meisten Fabrikstädten Englands gemeinsamen Charakter. Doch macht sie einen freundlichen und angenehmen Eindruck auf den Fremden, diese *Mutterstadt der Kooperation.*

Da ich von Edinburg einen Empfehlungsbrief an Herrn

lebens, dem Wirtschaftsrat, den Betriebsausschüssen und den nationalisierten Unternehmen.

*Der Wirtschaftsrat.* Als einziges Land der Welt besitzt Frankreich heute ein, schon im Jahre 1925 durch Regierungsdekret geschaffenes, *Wirtschaftsparlament*, den *Conseil économique*. Seine ursprünglich 40, heute 150 Delegierten werden ernannt, und zwar durch die Arbeitnehmerverbände in Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, im weiteren durch die Arbeitgebersyndikate und die *Vertreter der Genossenschaften*. Der Wirtschaftsrat wurde im Jahre 1936 gesetzlich bestätigt und ausgebaut. Er besitzt heute eine obligatorisch beratende Funktion, d. h. das Parlament muss bei der Behandlung wirtschaftlicher und sozialer Fragen sein Gutachten einholen. Der Wirtschaftsrat übt daher die Funktion eines parlamentarischen Expertenkomitees aus, das jedoch nicht vom Parlament ernannt wird, sondern unabhängig von diesem durch die genannten Spitzenverbände der Wirtschaft. Dies hat den Vorteil, dass er sich aus führenden Praktikern des Wirtschaftslebens zusammensetzt und nicht aus Politikern.

*Die Betriebsausschüsse. Comités d'entreprise.* Sie wurden durch die Regierung de Gaulle mittels Gesetzesdekrets vom 22. Februar 1945 begründet und verliehen den sofort nach der Befreiung in zahlreichen Unternehmen spontan entstandenen Produktions- und Verwaltungsausschüssen (Comités de Production und Comités de Gestion) den notwendigen gesetzlichen Rückhalt. Ihre Bildung ist für jede Unternehmung von mindestens 50 Arbeitnehmern obligatorisch. Sie vereinigen die Vertreter der Arbeitnehmer, ihrer technischen Vorgesetzten (der Kader) und der Direktion (Geschäftsleitung). Die Befugnisse der Arbeiter in diesen Ausschüssen sind auf wirtschaftlichem Gebiete beratend und auf sozialem Gebiete ausführend.

Die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitervertreter bestehen in einem Recht auf Information über die Lage der Unternehmung und im Rechte, Massnahmen vorzuschlagen, welche die Produktion verbessern und steigern können. Die Betriebsausschüsse prüfen alle diesbezüglichen Vorschläge aus dem Personal. Der Betriebschef präsidiert die monatlich einmal stattfindenden Sitzungen und hat mindestens einmal jährlich einen Bericht über die wirtschaftliche Situation der Unternehmung vorzulegen. Es ist zu hoffen, sagt der Kommentar im französischen Gesetzesblatt, «dass aus diesen häufigen Besprechungen neue, praktische Methoden der Zusammenarbeit zwischen Leitern und Angestellten eines Unternehmens hervorgehen.»[1]

[1] Journal officiel de la République française, Nr. 46, vom 23. Februar 1945.

Auf sozialem Gebiete kommt die demokratische Initiative der Arbeitnehmer noch selbständiger zum Ausdruck. Die Betriebsausschüsse befassen sich mit dem Unterhalt und Betrieb von Arbeiterkantinen, Ferienkolonien und von Arbeitersportveranstaltungen.

Die Betriebsausschüsse sind somit als diejenige Einrichtung zu bewerten, welche im privaten Wirtschaftssektor den Grundsatz der Produktionsgenossenschaft am entschiedensten zur Geltung bringt.

Bei den *nationalisierten Betrieben* des öffentlichen Sektors besteht eine ausgesprochene Mitwirkung genossenschaftlicher Organisationen. Gewiss ist die Verstaatlichung vom genossenschaftlichen Standpunkt aus abzulehnen, doch ist beizufügen, dass eine reine Unterstellung unter die staatliche Autorität nur in den Diktaturstaaten besteht. In den westlichen Demokratien besitzen sowohl die gewerkschaftlichen als die genossenschaftlichen Organisationen — beide werden von den Diktaturen unterdrückt — Einfluss, Vertretung und Stimmrecht in den nationalisierten Betrieben.

In Frankreich wurden — unter Entschädigung der Besitzer — vor allem die nachstehenden Unternehmen verstaatlicht; die Eisenbahnen, die Gas- und Elektrizitätsversorgung, der Kohlenbergbau, die Versicherungsgesellschaften, der Flugzeugbau und vier grosse Depositenbanken, letztere, um die Kreditgewährung in eine, den allgemeinen Interessen dienende Richtung zu lenken. Im nationalisierten Sektor vollzieht sich die Leitung der Betriebe durch drei Gruppen von Bevollmächtigten: die Vertreter der in den öffentlichen Unternehmen mitwirkenden Arbeitnehmer, der *Verbraucher, bzw. Benützer ihrer Dienstleistungen* und der öffentlichen Behörden.

Schliesslich ist noch darauf hinzuweisen, dass die Verstaatlichung der Betriebe, ohne dass wir hier diese Massnahme befürworten wollen, auf internationalem Gebiete zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen führt. Hier besteht somit eine teilweise, sowohl prinzipielle als praktische Uebereinstimmung mit der genossenschaftlichen Auffassung von internationaler Zusammenarbeit, einmal weil anstelle der internationalen Konkurrenz das sachliche Motiv des weltwirtschaftlichen Bedarfs bei entsprechender Rohstoffzuteilung tritt, und zweitens durch die direkte Mitwirkung der bestehenden genossenschaftlichen Spitzenorganisationen bei den Beratungen und Beschlüssen auf nationaler und internationaler Stufe.

Der Wert der beschriebenen Institutionen des Arbeitslebens mag für Frankreich zurzeit mehr grundsätzlicher als praktischer Natur sein, denn die soziale Lage ist nicht rosig, und die Löhne hielten mit der Preisentwicklung nicht Schritt. Die Arbeitnehmer leiden unter der Teuerung, desgleichen

---

*John Bright* mitgebracht hatte, fuhr ich in einem Cab zuerst zu seiner eleganten Residenz. «Mr. Bright is at his parliamentary duties in London», hiess die nicht sehr tröstliche Antwort des Dieners auf meine Frage nach dem «grossen Manne». Sein Bruder Thomas Bright war «in town» (d. h. in Manchester); endlich fand ich seinen Neffen, Herrn *Frank Bright*, der mich sehr freundlich empfing und mir anbot, mich durch einen seiner Fabrikarbeiter, einen der ältesten «Pioniere», herumführen zu lassen.

«Sie werden von diesem Manne die beste Auskunft über die kooperative Bewegung von Rochdale erhalten können», sagte er, «indes, ich bin gerne bereit, Ihnen Antwort auf irgendwelche Fragen zu geben, die Sie an mich zu richten wünschen.» Auf meine Frage nach dem *Wesen der Kooperation*, ihrem Ursprung und ihrer *Fortentwicklung* belehrte er mich in folgender Weise:

«Was man Kooperation oder gemeinsame Arbeit nennt, ist nur eine der vielen Formen der Assoziation, die unter den Arbeitern seit langer Zeit entstanden sind. Es ist freilich die *höchste Form*, denn sie erheischt ein grösseres Kapital und erfordert eine höhere Intelligenz als alle andern; dazu kommt, dass zur Herbeischaffung und Verwertung dieses Kapitals *mehr Selbstverleugnung und fortwährende nüchterne Wachsamkeit erforderlich* ist, als blosse Bau-, Kranken- und Begräbnisgesellschaften verlangen. Es ist übrigens ein Irrtum, wenn man meint, die Kooperation, wie sie jetzt dasteht, sei die Frucht der letzten zehn oder zwanzig Jahre, nein, was Sie hier in Rochdale kennen lernen werden, ist nur einer von vielen Versuchen, *die seit fast einem halben Jahrhundert an verschiedenen Orten gemacht worden sind.*»

«In *Gowan*, unweit Glasgow, ist zum Beispiel ein solcher Co-operative store (Konsumverein), der, wie ich glaube, nahe an 60 Jahre besteht, ein anderer ist in *Riponden*, in dem West Riding von York, der seit 40 Jahren das Hauptgeschäft in jenem Distrikt gemacht hat.

Im Jahr 1827 wurde in *Brighton* eine kooperative Gesellschaft gegründet, für die sich Lord Brougham, damals Mr. *Brougham*, warm interessierte, und im darauffolgenden Jahr

die Verbraucher, und 100 000 Arbeiter leben notgedrungenerweise vom Schwarzhandel. Nichtsdestoweniger ist die hier dargestellte Entwicklung ein grosser Fortschritt, denn die Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher haben ein, zwar recht verschieden abgestuftes, doch vollgültiges Mitspracherecht bei der strukturellen Arbeitsgestaltung in Frankreich gefunden.

## Industrielle Genossenschaften

Bereits im Jahre 1920 habe ich in meiner kleinen Schrift: «Industrielle Genossenschaften» auf die Möglichkeit der genossenschaftlichen Bedarfsversorgung der Industrie hingewiesen. Ausgangspunkt für die Verwendungsmöglichkeit des Gedankens genossenschaftlicher Organisation auf dem Gebiete der industriellen Produktion bot die damalige Situation des Exportmarktes, welche infolge der zunehmenden Verschlechterung der damaligen deutschen Währung auf den Auslandsmärkten Verkaufschancen bot, die nicht von Dauer sein konnten und notwendigerweise verschwinden mussten, sobald die Exportprämie einer entwerteten Valuta bei Eintritt einer stabilen Währung wegfallen würde. Dieser Wegfall dieses anormalen Exportkraftfaktors sollte nach den Vorschlägen meiner Schrift durch Verringerung der auf den Exportgütern ruhenden Gestehungskosten wettgemacht werden. Da eine Senkung der Arbeitslöhne nicht möglich war, schien als einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande die Verbilligung der Produktion der Fabrikate durch Verminderung ihrer Gestehungskosten vermöge des genossenschaftlichen Prinzipes.

Heute sind die gleichen Erwägungen am Platze. Zu den wichtigsten Aufgaben der zukünftigen Wirtschaftsgesundung Deutschlands gehört die Exportförderung, mehr noch: gehört die Exporterhaltung und deren sukzessive Steigerung, sofern die interne Wirtschaft angekurbelt ist und zu laufen beginnt, denn Ausfuhr ist bei unserer gegenwärtigen Devisenentblössung das *Zahlungsmittel* für die Rohstoffergänzung und die Einfuhr von Lebensmitteln. So wird gesteigerter Export zu einer wirtschafts- und ernährungspolitischen Notwendigkeit. Auf den Exportmärkten entscheidet bei gleichen Leistungen der Preis. Die Möglichkeit, diesen tunlichst niedrig zu gestalten, ohne das notwendige Lohnniveau und die gebotene Verdienstspanne zu beeinträchtigen, bietet die genossenschaftliche Organisation überall da, wo sie in der Lage ist, die Gestehungskosten für die Produktion der Fabrikate herabzumindern. Das wird nicht der Fall sein, wo der Grossbetrieb bereits vorherrscht, weil hier überall nach der Art der Anlagen und ihrer Ausnutzungsmöglichkeit eine genügend starke Stosskraft bereits vorhanden ist, so dass es nicht erst der Zusammenfassung vieler selbständiger Einzelkräfte bedarf, um die Gesamtwirkung auszulösen, welche den genossenschaftlichen Organisationen die ihr eigene Bedeutung verleiht. Es wird aber überall da der Fall sein, wo, wie bei der mittleren und kleineren Industrie, die betriebsweisen Zusammenfassungen genossenschaftlicher Art geboten erscheinen lässt, um eine Verbilligung des Endproduktes zu ermöglichen. Hierbei denke ich an die genossenschaftliche Organisation für jede Phase der Fabrikation und für jedes Stadium, das ein Fabrikat von seiner Entstehung bis zu seiner Ueberführung in den Konsum durchläuft, also die Beschaffung industrieller Bedarfsartikel überall da, wo es für gewisse, gleichliegende Industrien sich lohnt, ihren Bedarf auf genossenschaftlicher Grundlage zu decken, z. B. wo es lohnend erscheint, kleinere Fabriken zur Deckung des gemeinsamen Bedarfs einer Anzahl von industriellen Betrieben genossenschaftlich zu betreiben. Es sei gedacht an Fabriken für die Herstellung von Schmierölen, Kisten, Fässern, Verpackungsmaterialien, an eine eigene Genossenschaftsdruckerei für die Herstellung von Drucksachen (Katalogen, Werbematerialien, Formularen). Ein weiterer Zusammenschluss bestimmter Industriefirmen wäre möglich auf dem Gebiete der gemeinsamen Lagerung (Lagereigenossenschaften), des Lösch- und Ladewesens, des gemeinschaftlichen Geleiseanschlusses, des gemeinschaftlichen Transportwesens zu Lande und zu Wasser (Autobetriebsgenossenschaft, Dampfschiffahrts- und Motorbootsgenossenschaften), einer gemeinschaftlichen Verwertungsgenossenschaft für industrielle Abfallprodukte. Es gibt keinen Betriebszweig, für den grundsätzlich die genossenschaftliche Unternehmungsform ungeeignet wäre. Die genossenschaftliche Organisation ist so geschmeidig, dass sie als Betriebsgenossenschaft ganz speziellen differenzierten Betriebsaufgaben sich anzupassen vermag. Die oben genannten Betriebe der Lagerei, des Transportes, der Spedition werden bereits mit Erfolg von Genossenschaften wahrgenommen. Wo gemeinschaftlicher Bedarf und die Nachfrage so gross ist, dass sie sich zweckmässig genossenschaftlich zentralisieren lässt, warum sollen derartige Betriebe nicht für Rechnung und zum Nutzen der dafür in Frage kommenden Industrien geführt werden können. An Fachleuten zur Leitung derartiger Genossenschaften wird es nicht fehlen.

---

*Tag um Tag, Woche um Woche, Monat um Monat schmiedeten wir Pläne, arbeiteten, vergossen unseren Schweiss. Wir machten viele Fehler, aber keiner war umsonst. Wir lernten aus jedem.* *Peter Howard*

---

erschien ein Blatt, das denselben Namen führte wie das, welches unsere Leute jetzt in Manchester herausgeben: '*The Co-operator*'.»

«Ich bin erstaunt», erwiderte ich, «über alles, was Sie mir sagen; wie kommt es denn, dass alle jene Vereine und Bestrebungen zu keiner Blüte gekommen, ja dass sie zum Teil ganz untergegangen sind?»

«*Hunderte sind zugrunde gegangen*, nachdem sie wenige Jahre bestanden hatten — in *London*, wo sie am zahlreichsten und anspruchsvollsten auftraten, erlitten sie eine vollständige Niederlage. Und wo sie Erfolg hatten, da profitierten einige wenige Aktionäre davon, unter welche die Dividenden verteilt wurden — *die Arbeiter hatten keinen Gewinn davon.* Fehlerhafte Organisation, unzureichende Kapitalien, vor allem Mangel an dem, was die wahre Kooperation charakterisiert, Vertrauen zueinander und gemeinschaftliches genossenschaftliches Handeln — das sind die Ursachen, weshalb alle jene früheren Bestrebungen zugrunde gegangen sind. *Hier in Rochdale* ist die Sache *seit 1844* in einen ganz neuen Weg gekommen, doch das kann Ihnen dieser Mann hier viel besser erzählen, der ist von Anfang an mit dabei gewesen.»

Er wies auf einen breitschultrigen Lancashireman, der soeben eingetreten war und der mein Führer sein sollte. *James Tweedale*, einer der «directors», d. h. ein Komiteemitglied der *Manufacturing Society*, ein stattlicher Fünfziger, hatte sich mir zu Ehren frisch rasiert und einen Sonntagsrock angelegt. Es tat mir wohl, als er mich mit ehrlichem Handschütteln und freundlichem Lächeln herzlich begrüsste und mir seine Dienste anbot. Einen besseren Führer hätte ich nicht finden können als den braven James, einen Mann von Mutterwitz und Humor, einen echten Nachkommen unserer Vorfahren, der Angeln und Sachsen, die einst das grüne Albion eroberten. Seit 42 Jahren, d. h. seit seinem zehnten Lebensjahr, arbeitet dieser Mann in den Fabriken des Herrn Bright, *seit 19 Jahren gehört er den Pionieren an* und ist durch die Kooperation zu einem kleinen Vermögen gekommen.

(Fortsetzung folgt)



# Für die PRAXIS



## Bilanzbeurteilung in Kürze

(Schluss)

*Eigenkapital und Fremdkapital (Passiven)*

Bei der Beurteilung einer Bilanz ist aber nicht allein die Aktivseite, sondern ebensosehr die Passivseite massgebend. Jene gibt Auskunft über die wirtschaftliche *Verwendung der aufgewandten Mittel*, diese über die *Kapitalbeschaffung*, die Finanzierung.

Jede Unternehmung braucht nicht nur Warenbestände und Anlagen, sondern auch Geld. Die schönsten Maschinen werden eines Tages stillstehen, wenn kein Geld mehr da ist, um sie zu betreiben. Es ist deshalb zu untersuchen, ob die zur Fortführung des Unternehmens notwendigen Geldmittel vorhanden sind, oder ob diese wenigstens auf dem Kreditwege beschafft werden können. Die Verhältnisse liegen natürlich weitaus günstiger bei einem Unternehmen, welches vornehmlich mit *Eigenkapital* finanziert ist, als dort, wo übermässig mit Fremdkapital gearbeitet werden muss. In diesem Fall hält es bei neu auftretendem Geldbedarf (etwa bei einer Geschäftserweiterung) schwer, ihn decken zu können. Wenn dies für die Privatwirtschaft gilt, so können auch die Genossenschaften nicht daran vorbeisehen. Auch bei ihnen ist somit das Finanzierungsverhältnis Eigenkapital : Fremdkapital von besonderer Bedeutung.

Die Beurteilung dieses Verhältnisses allein genügt aber nicht, sondern es ist weiter die bilanzmässige Zusammensetzung der Vermögensseite (Aktiven) zu untersuchen, um festzustellen, ob das Fremdkapital zum Eigenkapital in einem angemessenen Verhältnis steht. Das nachfolgende *Beispiel* soll zeigen, was damit gemeint ist. Den Aktiven der obenerwähnten drei Bilanzen sind dabei absichtlich die gleichen Finanzierungsverhältnisse (Passiven) gegenübergestellt.

| | A | B | C |
|---|---|---|---|
| *Aktiven:* | | | |
| I. Geld u. Bankguthaben | 85 000.— | 5 000.— | 1 000.— |
| II. Warenforderungen an Debitoren . . . . . | 70 000.— | 8 000.— | 5 000.— |
| III. Warenvorräte . . . | 145 000.— | 87 000.— | 50 000.— |
| IV. Anlagen . . . . . | 100 000.— | 300 000.— | 344 000.— |
| | 400 000.— | 400 000.— | 400 000.— |
| *Passiven:* | | | |
| Fremdkapital . . . . . | 150 000.— | 150 000.— | 150 000.— |
| Eigenkapital . . . . . | 250 000.— | 250 000.— | 250 000.— |
| | 400 000.— | 400 000.— | 400 000.— |

Wie grundverschieden liegen doch die Verhältnisse, obwohl das Finanzierungsverhältnis (Passiven) bei allen drei Bilanzen genau gleich ist.

A = sehr günstig, weil die Anlagen durch Eigenkapital weit überdeckt sind und das Fremdkapital mittels Geld, Bankguthaben und durch Einzug der Debitorenguthaben abgetragen werden kann. Dieses Unternehmen kann also nicht leicht in Schwierigkeiten geraten, und es ist auch genügend kreditwürdig, um bei Bedarf neue Geldquellen zu finden.

B = weit weniger günstig, da zur Deckung der Anlagen das Eigenkapital nicht ausreicht.

C = noch ungünstiger als bei B.
Bei einer Rückzahlungsforderung des Fremdkapitals kämen beide Unternehmen unter Umständen in eine schwierige Lage.

Bei den obigen Bilanzen ist angenommen, dass die Anlagen keine Liegenschaften enthalten, für welche immerhin eine beträchtliche Quote flüssiger Mittel erhältlich sein dürfte durch Aufnahme langfristiger Grundschuldbriefe (Hypotheken). Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheint die Gefährlichkeit der Finanzlagen B und C in grellstem Licht.

Was aber dann, wenn wohl Immobilien vorhanden sind, jedoch in einem im Verhältnis zum Eigenkapital derart geradezu beängstigenden Uebermass, dass das bilanzmässige krasse Missverhältnis etwa wie folgt lautet:

| *Immobilien* | : | *Eigenkapital ?* |
|---|---|---|
| 8 | | 1 |

Dieses Beispiel mag ganz abwegig erscheinen; wir führen es gleichwohl an, um zu zeigen, dass der Bilanzbeurteiler auf alles, auch auf das Unverständlichste, gefasst sein muss. Und wenn da gar noch weitere bedeutende Immobilien-Investitionen beabsichtigt sind, etwa so:

| *Immobilien* | : | *Eigenkapital ?* |
|---|---|---|
| 11 | | 1 |

Wir wollen nur hoffen, dass sich solche, als phantastisch anmutende Zahlenspielereien bei keiner unserer Genossenschaften als rauhe Wirklichkeit erweisen werden. Auch möchten wir lieber nicht den Einwand jenes Verwaltungsmannes hören, welcher einmal gesagt hat, Neukäufe weiterer Liegenschaften seien ihm weitaus lieber als Bargeld. Dabei hatte aber seine Bilanz verhältnismässig nur wenig eigenes Kapital, jedoch bereits eine Riesensumme an Liegenschaften wie in obigem Beispiel. Da ist natürlich jeder Versuch einer wie auch immer gearteten Aufklärung ein Schlag ins Wasser. Wenn es sich dabei um einen Privatmann handelt, der mit seiner eigenen Haut zu Markte geht, mag die Sache für die Allgemeinheit sich vielleicht nicht so schlimm auswirken. Ganz anders wären die bedrohlichen Verlustgefahren zu werten, wenn es sich um eine Genossenschaft handeln würde.

### *Bilanzvergleiche*

Man sollte aber nicht nur jeweilen eine einzige Bilanz beurteilen; denn ein einziger Abschluss kann durch verschiedene Zufälligkeiten merklich beeinflusst worden sein. Erst

wenn mehrere Rechnungsabschlüsse einander gegenübergestellt werden, tritt die in mannigfacher Hinsicht aufschlussreiche *Entwicklung*, die *Dynamik*, zutage.

Wertvolle Fingerzeige vermittelt dabei die Errechnung des sogenannten «*Geldkapitals*». Dieses wird folgendermassen errechnet:

| | | |
|---|---|---|
| | Fremdkapital | — |
| abzüglich: | Geld, Banken, Warenforderungen | + |
| *Geldkapital* | passiv | — |
| | aktiv | + |

Demzufolge ist in obigen Bilanzbeispielen das Geldkapital bei

| | | |
|---|---|---|
| A | mit Fr. 5 000.— | *aktiv*, |
| B | mit Fr. 137 000.— | *passiv* und |
| C | mit Fr. 144 000.— | *passiv*. |

Es wird vor allem interessieren, wie sich das Ergebnis aus der Berechnung des Geldkapitals von Jahr zu Jahr entwickelt. Verschlechtert es sich, trotzdem stets Substanzzunahmen aus dem herausgewirtschafteten Nettoüberschuss verbleiben, so beweist dies, dass ständig mehr Geld in Sachwerte umgewandelt wird. Damit kommt zum Ausdruck, dass die Unternehmung von ihrer eigentlichen Zielrichtung abweicht, da sie nicht reicher wird an Geld, sondern lediglich an Hoffnungen auf eine stets ungewisse Zukunft.

*Nur das eigene Geld sollte man in Hoffnungen und Erwartungen anlegen und gleichzeitig immer dafür Sorge tragen, dass es nie an den erforderlichen Geldmitteln fehlt, um die Hoffnungen und Erwartungen auch verwirklichen zu können*[1].

Wenn wir uns noch kurz der Kritik der *Erfolgsrechnung* zuwenden wollen, so sei besonders folgendes festgehalten: Erste Voraussetzung ist, dass der *tatsächliche Reinüberschuss*, also nicht einfach der buchmässige Reinüberschuss, als Ausgangspunkt zu weiteren Bilanz- und Ertragsanalysen dient. Hauptsächlich ist die Berücksichtigung der Veränderung der tatsächlichen Rückschreibung auf den Warenbeständen dabei unerlässlich. Es ist dies das in den Revisionsberichten der Treuhandabteilung angewandte Verfahren.

Von besonderer Bedeutung ist sodann die Feststellung der Veränderung der *Vermögenssubstanz*, was dadurch geschieht, dass vom tatsächlichen Reinüberschuss die Rabatte, Rückvergütungen und Anteilscheinzinsen an die Mitglieder abgezogen werden. Jede umsichtige Verwaltung wird jedwelchen Substanzverzehr vermeiden, also nicht mehr an Rückvergütung an die Mitglieder ausschütten, als im betreffenden Rechnungsjahr herausgewirtschaftet worden ist.

Dass in diesem Zusammenhang auch der Entwicklung der *Zahlungsbereitschaft* besondere Beachtung gebührt, ist einleuchtend. Für die in bar auszuschüttenden Rückvergütungen muss nicht nur ein entsprechender Reinüberschuss herausgewirtschaftet werden, sondern es sollte auch das dafür benötigte Geld vorhanden sein.

Zusammenfassend lauten die gewonnenen Erkenntnisse folgendermassen:

1. Die Bilanzierung ist vorwiegend ein *Bewertungsproblem;*
2. die *Zusammensetzung* des Vermögens (Aktiven) ist noch wichtiger als dessen Höhe;
3. das *Finanzierungsverhältnis (Eigen- zu Fremdkapital* in den Passiven) ist von grosser Bedeutung;
4. die wertvollsten Aufschlüsse werden nicht durch die Untersuchung auf Grund einer einzigen Bilanz gewonnen, sondern durch die aus dem Vergleich mehrerer aufeinanderfolgenden Bilanzen aufgezeigte *Entwicklung;*
5. die *Entwicklung des Geldkapitals* ist besonders aufschlussreich;
6. *Rückvergütungen* dürfen nur ausgeschüttet werden, wenn sie im betreffenden Rechnungsjahr *tatsächlich herausgewirtschaftet* worden sind;
7. nicht das buchmässige, sondern das *tatsächliche Nettoergebnis* und der Grad der *Zahlungsbereitschaft* bilden den Masstab für die Höhe der möglichen Rückvergütung.

Albert Rotzler

[1] Jores, a. a. O.

## Die Umsatzsteuer ist in diesen Preisen nicht inbegriffen

Ist das ein Werbetext? Sagt man damit nicht dem Kunden sinngemäss: «Passen Sie auf! Wenn Sie bei uns etwas kaufen, müssen Sie nämlich noch extra eine besondere Steuer bezahlen. Ueberlegen Sie sich das wohl, ehe Sie zu uns in den Laden kommen!» Man möchte wenigstens hoffen, dieser scheussliche Text sei der muffigen Atmosphäre einer Amtsstube entsprungen und nicht etwa dem Kopf eines Detaillisten. Wie soll ein derart negatives Verkaufsargument den Umsatz fördern helfen?

Wie jede andere Frage unserer Geschäftspolitik und unserer Betriebsorganisation muss auch die Umsatzsteuer vom Standpunkt des Kunden aus betrachtet und gelöst werden. Nicht der Standpunkt des Geschäftsinhabers, oder des Verkäufers, oder der Preiskontrolle ist massgebend, sondern in allem und jedem immer nur der Standpunkt des Kunden. Wer sich an diesen Grundsatz hält, kann niemals fehl gehen.

J. Zimmermann in der «Textil-Revue»

## Wenn Mitglieder lange ausgeblieben sind

Wenn Kunden lange ausgeblieben sind und dann wiederkommen, so darf man unter keinen Umständen eine Anspielung auf das Ausbleiben machen. Man soll sie flott und recht bedienen, aber auch nicht anfangen zu kriechen. Oder aber wenn man das Bedürfnis hat, sich auszusprechen, so macht man es gerade gründlich. Man fragt, ob man sich irgendwie verfehlt habe, bittet um Entschuldigung und verspricht, das möglichste zu tun, damit nicht wieder ein Fehler passiere.

Aus «Organisator», Monatsschrift

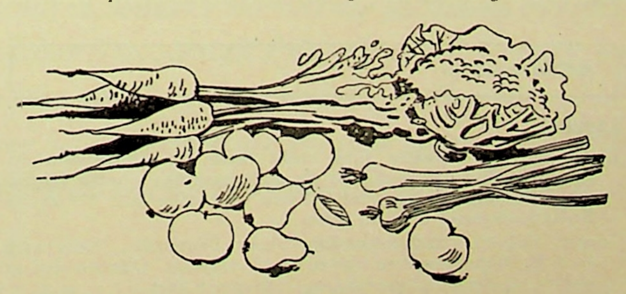
## Kundendienst in den USA

«Wir sind wegen eines Maschinendefektes mit einer Verspätung von drei Stunden mit dem Stromlinien-Empire-State-Express nach Mitternacht von Buffalo in New York eingetroffen. Es war 1 Uhr, bis wir in unserem Zimmer waren. 1.05 Uhr ertönte ein Telephon, es seien zwei Briefe für mich da, ob man sie noch ins Zimmer senden solle. Dies unmittelbar nach der Ankunft und in einem Hotel, in dem 2200 Personen übernachten, das Tag für Tag ausverkauft ist und Hunderte von Gästen abweisen muss!»

Aus dem Bericht von Herrn Direktor Dr. Gloor über seine USA-Reise im «Bell-Bulletin».

## Für den Ausbau der Obst- und Gemüseabteilung

*R. Green*, Leiter der Obst- und Frischgemüse-Abteilung der englischen Grosseinkaufsgenossenschaft in Manchester, machte die Genossenschaften auf die Wichtigkeit des Obst- und Frischgemüsehandels aufmerksam. Der Verkauf von Obst und Gemüse in den Konsumläden sei viel niedriger als in den Privatgeschäften. Sehr oft verhinderten *falsche Behandlung* der Ware und *schlechte Verkaufsmethoden* die Steigerung des Verkaufes. Die örtlichen Konsumvereine sollen ihre *speziellen Obst- und Frischgemüse-Abteilungen* ausbauen.



## Verschiedene Tagesfragen

**«Die Gegensätze im Detailhandel».** Die unter diesem Titel in der letzten Nummer des «Schweiz. Konsum-Vereins» erschienene Notiz, in der die wieder zunehmenden Gegensätze im Detailhandel bedauert werden und die positive Aufbauarbeit durch fortgesetzte Ausbildung zum Nutzen des eigenen Betriebes befürwortet wird, stammt aus der Monatszeitschrift «Büro und Verkauf». Diese fortschrittliche Haltung verdient alle Beachtung.

### *Die Bewegung im Ausland*

**Norwegen.** — *Fortschritte der Studienzirkelbewegung.* In Norwegen haben die genossenschaftlichen Studienzirkel erst nach Kriegsende richtig Eingang gefunden. Nun scheint es aber mit ihnen sehr rasch vorwärts zu gehen. Innerhalb der Konsumgenossenschaft Oslo waren im vergangenen Winter 30 bis 35 Studienzirkel mit einer Teilnehmerzahl von rund 600 tätig. Diese traten am 19. April zu einer Schlussfeier zusammen, die einen ausserordentlich guten Besuch aufwies. Angesichts der Fortschritte, die die Studienzirkel überall im Ausland machen, wäre es sehr zu begrüssen, wenn diesem Instrument der genossenschaftlichen Weiterbildung auch in unserem Lande wieder etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde. h.

**Schweden.** *Der Konsumverein Stockholm im Jahre 1947.* Der Konsumverein Stockholm erzielte im Jahre 1947 einen Umsatz von 238,3 Millionen Kronen. Die Zunahme gegenüber 1946 beziffert sich auf 29.3 Millionen Kronen oder 13.6 %. Sie ist etwas geringer als die des Durchschnitts unserer zwölf grössten Verbandsvereine. Auf das Warenhaus PUB entfallen vom Umsatz des Jahres 1947 63,3 Millionen Kronen, 10.6 Millionen Kronen oder 20,1 % mehr als im Vorjahre. Vergleichsweise sei angeführt, dass das grösste schweizerische Warenhaus auf einem einzigen Platz, das Warenhaus Jelmoli in Zürich, im selben Jahre 1948 einen Umsatz von etwa 54 Millionen Franken erreichte. Die Mitgliederzahl stieg um 3951 auf 129 074, die Zahl der Läden um 62 auf 795. Damit bleibt der Konsumverein Stockholm allein nicht wesentlich hinter den Neueröffnungen von Verkaufsstellen unserer sämtlichen Verbandsvereine (67) zurück. Die Gesamtzahl der von der Genossenschaft beschäftigten Personen betrug am Anfang des Jahres 7302, an dessen Schluss 7729. Die Bilanzsumme stellt sich Ende 1947 auf 80 Millionen Kronen. Davon entfallen auf eigene Mittel einschliesslich des Ueberschusses des Jahres 36 Millionen Kronen, anderseits auf Liegenschaften 49.5 und auf Warenvorräte 11,4 Millionen. Aus dem Reinüberschuss von 6.5 Millionen Kronen wird eine Rückvergütung von 4.4 Millionen (3 % der rückvergütungsberechtigten Bezüge) ausgerichtet, währenddem 829 000 Kronen dem Reservefonds zugewiesen, 715 000 Kronen zur Abschreibung auf Liegenschaften verwendet, und mit 510 000 Kronen die Anteilscheine zu einem Satze von 4 % verzinst werden. h.

— *Gründung eines Verbandes der schwedischen Genossenschaftswäschereien.* Der von seiten der lokalen schwedischen Genossenschaftswäschereien oft ausgedrückte Wunsch, dass eine Landesorganisation dieser Genossenschaften gebildet werden solle, ist nun Wirklichkeit geworden. Sonntag, den 13. Juni, trafen sich Vertreter von ungefähr 25 Genossenschaftswäschereien im Versammlungsraum des Verbandes schwedischer Konsumvereine. Nach einleitenden Ausführungen der Direktoren Gösta Osvald und Dr. Mauritz Bonow, die daran erinnerten, dass es im ureigensten Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung gelegen sei, zu einer Erleichterung der Hausarbeit beizutragen, und versprachen, dass der Verband schwedischer Konsumvereine den Genossenschaftswäschereien auch weiterhin seine Hilfe angedeihen lassen werde, beschloss die Versammlung einhellig, einen Verband der schwedischen Wäschereigenossenschaften (Svensk Andelstvätt) zu bilden und um Anschluss dieses Verbandes an den Verband schwedischer Konsumvereine nachzusuchen. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt Gustaf Lewin, Präsident der Genossenschaftswäscherei Aengby in Stockholm, Harry Hjalmarsson, Verwalter des Konsumvereins Oerebro, Frau Amanda Oestberg, Göteborg, Wäschereichef Olle Persson, Kvarnsveden, und Schulabwart Erik Andersson, Skönsmon.

### *Arbeitsmarkt*

#### Angebot

Junge, tüchtige, versierte Frau sucht Stelle als **Filialleiterin** der Lebensmittelbranche, evtl. mit Haushaltungsartikeln, wenn möglich mit Wohnung. Ausführliche Offerten an Chiffre O. J. 119 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Junger, tüchtiger **Bäcker-Konditor** sucht Dauerstelle. Lohn nach G. A. V. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Offerten sind zu richten an Ernst Schwendimann, Tattrigen b. Biel.

#### Nachfrage

Wir suchen auf 1. September 1948 tüchtigen, beruflich wie genossenschaftlich gebildeten **Verwalter**. Es kommen nur bestausgewiesene Bewerber in Frage. Interessenten, die sich fähig fühlen unserer Genossenschaft vorzustehen, sind ersucht, ihre handschriftliche Offerte mit Zeugnissen und Referenzen bis zum 20. Juli 1948 an den Präsidenten, Herrn Jakob Eggenberger, Büntli, Grabs (St. G.), einzureichen.

Für die Spezialabteilungen im Kaufhaus am Marktplatz suchen wir zum Eintritt per September/Oktober je eine jüngere, tüchtige **Verkäuferin** für **Schuhwaren, Manufakturwaren, Haushaltartikel.** Gut ausgewiesene Bewerberinnen mit Lehrabschlussprüfung belieben detaillierte Offerte zu senden an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Solothurn, Schanzenstrasse 6.

Wir suchen tüchtige erste **Verkäuferin** für Lebensmittel, Schuhwaren und Haushaltartikel. Bewerberinnen mit guten Kenntnissen der Schuhwarenbranche werden bevorzugt. Eintritt nach Uebereinkunft. Zimmer, evtl. Wohnung, könnte zur Verfügung gestellt werden. Offerten mit Zeugniskopien und Lohnansprüchen sind erbeten an Chiffre E. O. 123 an die Redaktionskanzlei V.S.K., Basel 2.

---

**INHALT:** *Seite*



---